Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: [illegible] II., [illegible] 32.

An die [illegible] Kommission

[illegible]

Postscheckamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . Kč 16.—
vierteljährlich „ 48.—
halbjährig . „ 96.—
ganzjährig . „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang. Dienstag, 6. März 1923. Nr. 53.

Mit dem Gummiknüppel.

Es ist einer jener traurigen Zufälle der Geschichte, daß an demselben Kalendertage, an dem vor vier Jahren in der Tschechoslowakei 48 Männer und Frauen den Ruf nach Freiheit und Selbstbestimmung mit dem Tode büßen mußten, in diesem Jahre die bewaffneten Büttel desselben Staates mit dem Knüppel sich gegen jene wandten, die für die Freiheit der Gesinnung, der Ueberzeugung und des Wortes ruhig demonstrieren wollten. Am 4. März 1919 sanken in den deutschen Städten Kaaden, Sternberg, Eger, Aussig, Leitmeritz und Mies 48 Deutsche dahin. Mit blutiger Faust richtete das tschechische Bürgertum seine Gewaltherrschaft über das deutsche Volk auf, das sich nicht des Rechtes begeben wollte, sein Schicksal selber zu bestimmen. Damals, in den Tagen von Kaaden und Sternberg, unterlag fast das gesamte tschechische Volk der gleichen Ideeologie, die tschechischen Arbeiter wollten es nicht wahrhaben, daß sich unter der Gewalt gegen die andere Nation die Gier des eroberungssüchtigen, tschechischen Kapitalismus und Imperialismus verbirgt. Jetzt aber müssen es die tschechischen Arbeiter genau so wie die deutschen am eigenen Leibe spüren, daß es nicht ihr Interesse ist, das die Herrschenden in diesem Staate vertreten, daß vielmehr der Knüppel auf jeden niedersaust, der nicht williger Diener der Macht der tschechischen Bourgeoisie ist.

Am 4. März 1923, am vorgestrigen Sonntag, zur selben Stunde, da sich auch die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft in den deutschen Städten Böhmens, Mährens und Schlesiens zu Protestkundgebungen versammelte, hat die Prager Polizei die tschechischen kommunistischen Arbeiter, die gegen das Schutzgesetz demonstrierten, mit roher Gewalt auseinandergetrieben. Schonungslos wurden hunderte berittene Wachleute zur Attacke gegen Arbeiter kommandiert, die durch eine machtvolle Demonstration den Regierenden zeigen wollten, daß, so wie die deutsche Arbeiterschaft, auch ein großer Teil des arbeitenden tschechischen Volkes mit aller Kraft das Schandgesetz bekämpft, das man zur Knebelung des Proletariats ersonnen hat. Die kommunistische Partei hatte eine Protestversammlung gegen das Schutzgesetz einberufen, nach der dann ein Marsch der Demonstranten durch die Stadt geplant war. Dieser Umzug wurde von der Prager Polizeidirektion, offenbar über Auftrag des Ministerrates, verboten, weil dadurch die „öffentliche Sicherheit", die „Ruhe und Ordnung" „bedroht" schien. Tatsächlich konnte aber von einer Bedrohung der Ruhe keine Rede sein; wäre die Polizeifaust nicht schon im vorhinein dreingefahren, so wäre — so wie immer — nach einem ruhigen Demostrationszug alles ohne „Störung" heimgegangen. Aber man wollte offenbar ein Exempel statutieren und nützte die Gelegenheit. Da sich die tschechischen kommunistischen Arbeiter das Recht nicht nehmen lassen wollten, durch den Aufmarsch der Tausende ihren Willen zu bekunden, jagte man sie wie Herden Viehs rücksichtslos auseinander.

Zum ersten Male seit dem Bestande der Republik hat man in Prag eine Demonstration tschechischer Arbeiter verboten. Bis von kurzem existierte hierzulande wirklich so etwas wie ein Versammlungsrecht. Friedliche Demonstrationen waren gestattet und in ihren Versammlungen blieben die Arbeiter unter sich, nicht gestört und behindert durch übereifrige Regierungsvertreter. Jetzt ist das gründlich anders geworden. Hand in Hand mit der unverschämtesten Unterdrükkung der Preßfreiheit geht die Knebelung des Versammlungsrechtes. Arbeiterversammlungen werden von den Vertretern der Regierung beaufsichtigt und beim geringsten Schein eines Anlasses aufgelöst, die Straße ist nicht mehr frei, Demonstrationen unter freiem Himmel werden blindwütig niedergeknüppelt. Das ist die Fürsorge, die Aufmerksamkeit, welche die tschechoslowakische Regierung dem Proletariat zuwendet! Unter den Arbeitern, die sich am Sonntag in Prag zum Protest gegen den Ausnahmszustand versammelt hatten, waren tausende Arbeitslose. Der Hunger hatte sie auf die Straße getrieben. Aber statt Brot gab man ihnen — den Gummiknüppel.

Die Prager Polizei hat mit ihrer sonntägigen Attacke den ersten Marsch geritten, durch den die Aera des Schutzgesetzes, die Epoche der nackten Gewalt, die Zeit der plumpen Niedertrampelung des freien Volkswillens einbegleitet werden soll. In Prag fings an — wie wird es in Karlsbad, in Bodenbach und Aussig enden? Was steht den deutschen Arbeitern bevor, wie wird man erst sie in Zukunft bei politischen Kundgebungen behandeln wollen? Noch ist die Willkür der Regierenden, der Bürokratie und ihrer Knüppelpolizei nicht gesetzlich geschützt und schon tritt der Pendrek seine Herrschaft an. Das zeigt klar, wohin die Reise gehen soll.

Die schwärzesten Zeiten der Habsburgermonarchie, die Tage des Vormärz, sollen in der Tschechoslowakischen Republik, im Freistaat des Humanisten und Ethikers ihre Wiederkehr finden. Die revolutionäre Arbeiterschaft soll mit Ausnahmsgesetzen und wenn das nicht hinreicht, wohl auch mit Standrecht und Belagerungszustand zum Schweigen gebracht werden. Ketten und Fessel will ihnen die tschechoslowakische Regierung anlegen, in der nicht weniger als sieben Sozialisten sitzen, also auch Vertreter von Arbeitern und Angestellten. Wie tief ist der verhängnisvolle Irrtum in den Köpfen dieser Sozialisten und Sozialdemokraten verankert, die da wähnen, mit Knüppeln dem Interesse des Staates, der Nation und des Proletariats zu dienen! So wenig aber Ausnahmszustand, Sozialistengesetze, blutige Verfolgungen und Kerkerstrafen den revolutionären Geist der Arbeiterschaft vor einem Menschenalter in seinem Drang nach vorwärts aufzuhalten vermochten, werden es die Mittel vermögen, die sich die tschechische Bourgeoisie und ihre Nachläufer aus den Rüstkammern des Vormärz geliehen haben. Ein gerader Weg führt vom 4. März 1919 bis zum 4. März 1923: mit Gewalt wurde das System dieses Staates bei seiner Grundlage aufgebaut, mit Gewalt haben seine mit Blindheit geschlagenen Lenker die vier Jahre hindurch das System aufrechterhalten, das in Wirtschaft und Politik dem Lande und seinen Bewohnern unendlichen Schaden zugefügt hat. Gewalt und wieder Gewalt — das führt zum Abgrund. Ihn sieht heute auch schon ein großer Teil des tschechischen Volkes vor Augen, der letzte Prager Sonntag hat in den Köpfen der tschechischen Arbeiter diese Erkenntnis noch vertieft. Ehe es zu spät ist, mögen die Herrschenden Einkehr und Umkehr halten, denn sie können und werden auch diesen Staat nur durch den freien Kampf der Ideen erhalten können, nicht aber durch die Macht des Gummiknüppels.

Neuerlich zwei Todesopfer der Ruhrbesetzung.

Berlin, 5. März. (Wolff.) In der Nacht zum Sonntag wurde das Polizeirevier in der Berlinerstraße in Essen von einem französischen Kommando umstellt und besetzt. Der im gleichen Hause wohnende Gerichtsbeamte Löwe, der das Haus betreten wollte, wurde von den Franzosen erschossen. In Hörde wurde am 3. März kurz nach 11 Uhr abends ein gewisser Dirks in Begleitung seines Freundes ohne jede Veranlassung von einem französischen Soldaten tödlich verletzt. Er starb bald nach seiner Ueberführung im Krankenhaus. In Eschweiler wurde der Bürgermeister und der erste Beigeordnete verhaftet und nach Aachen ins Gefängnis gebracht, weil er die Bereitstellung von Quartieren für belgische Soldaten ablehnte. Die Beamtenschaft trat in einen 24stündigen Proteststreik.

*

Das Versteckspiel der deutschen Regierung.

Berlin, 5. März. (Tsch. P.) In unterrichteten parlamentarischen Kreisen wird erklärt, daß die Meldungen, der Reichskanzler werde morgen im Reichstage aufsehenerregende Maßnahmen ankündigen, übertrieben sind. Die Reichsregierung will sich bloß diesmal nicht darauf beschränken, den bisher üblichen schriftlichen Protest gegen die Ausdehnung der Besetzung abzugeben, sondern sie will in besonders nachdrücklicher Form von der für die ganze Welt sichtbaren Tribüne des Reichstages herab ihren Protest kundgeben. Ihr zukünftiges Programm wird die Regierung morgen nicht entwikkeln. Auch trifft es nicht zu, daß die Reichsregierung, wie dies vom Parteiführer Stresemann gefordert wird, bei dieser Gelegenheit ihr für die Pariser Konferenz seinerzeit vorbereitetes Programm veröffentlichen wird. Im Gegensatze zum Abg. Stresemann stehen die maßgebenden Persönlichkeiten der Regierung auf dem Standpunkt, daß der gegenwärtige Augenblick nicht geeignet sei, um dieses Programm zu veröffentlichen.

Kinder aus dem Ruhrgebiet bei Schweizer Arbeitern.

Bern, 4. März. (Schweiz. Tel.-A.) Der Ausschuß der schweizerischen Gewerkschaftsorganisationen hat beschlossen, Kinder aus dem Ruhrgebiet zur Verpflegung zu übernehmen.

Russisches Brot für die Ruhrarbeiter.

Berlin, 5. März. Wie die „Rote Fahne" aus Moskau meldet, hat der Wirtschaftsrat des allrussischen Gewerkschaftsbundes beschlossen, den kämpfenden Ruhrarbeitern durch den Rheinausschuß der deutschen Betriebsräte zehn Millionen Laib Brot zu übersenden. Dieser Beschluß wurde von der Exekutive des allrussischen Gewerkschaftsbundes bestätigt.

Belgisch-französische Eisenbahnverwaltung.

Berlin, 5. März. (Eigenbericht.) Die Direktoren der geplanten belgisch-französischen Eisenbahnverwaltung treffen alle Vorbereitungen zur Uebernahme ihrer Tätigkeit, wobei sie von den militärischen Behörden unterstützt werden. Jeder geregelte Zugsverkehr ist unmöglich geworden. Da die Franzosen leere Züge nicht zurückgehen lassen, wird es bald auch nicht mehr möglich sein, Lebensmittelzüge in das besetzte Gebiet zu entsenden.

Strafandrohung gegen Spione.

Berlin, 4. März. (Wolff.) Der Reichspräsident hat auf Grund der Reichsverfassung eine Verordnung für das Reichsgebiet erlassen, wonach mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft wird, wer während der in Friedenszeit erfolgten Besetzung deutschen Gebietes durch eine fremde Macht dieser in wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Angelegenheiten als Spion dient oder Spione dieser Macht aufnimmt, verbirgt oder ihnen Beistand leistet. Neben der Freiheitsstrafe ist auch auf Geldstrafe bis zu 500 Millionen Mark zu erkennen.

Die Berliner Sozialdemokraten zum Ruhrkonflikt.

Berlin, 5. März. (Eigenbericht.) Der Bezirksparteitag der Berliner Sozialdemokratie fand nach der achttägigen Unterbrechung gestern seine Fortsetzung. Einzelne Redner wandten sich scharf gegen die Haltung des „Vorwärts", der über dem Kampf gegen den französischen Militarismus den Kampf gegen den deutschen Kapitalismus vernachlässige. Allerdings wurde auch zugegeben, daß der „Vorwärts" aus materiellen Gründen oft nicht in der Lage ist, sich über die Stimmung der Arbeiter im Ruhrgebiet zuverlässig zu unterrichten. An Stelle des Genossen Wels sprach Genosse Hilferding das Schlußwort. Er erklärte, daß es nicht ratsam sei, sich jetzt gegen die Regierung Cuno zu wenden, da man sie durch Opposition den Deutschnationalen ausliefern würde. Mit den Kommunisten könnten wir keine Regierung bilden, da sie unbeständig seien und nur die Politik Rußlands machen. Man wisse aber nicht, ob nicht Rußland sich mit Frankreich gegen das deutsche Proletariat wenden werde. Unser Weg sei durch unsere sozialistischen Grundsätze klar vorgezeichnet und müsse zur Verständigung und zum Frieden führen.

Verbesserungen?

Von Friedrich Austerlitz (Wien).

Die Regierungskoalition ist sehr stolz auf die Abänderungen, die das Schutzgesetz in dem verfassungsrechtlichen Ausschuß erfahren hat, und der Abgeordnete Meßner kann sich im Rühmen der Verbesserungen nicht genugtun. Wirklich Verbesserungen und nur Milderungen? Sehen wir zu, wieviel Berechtigung diesem Selbstlob zukommt.

Als eine bösartige Ausschreitung ist hier festgestellt worden, daß die Anschläge auch durch Drohung mit Gewalt verübt werden können; denn die „Drohung" kann natürlich nur durch Worte geschehen, also könnte wegen eines Satzes in einer Rede oder in einem Zeitungsartikel eine Strafe verhängt werden, die das Gesetz bis zu zwanzig Jahren schweren Kerkers ausmißt. Der Lobpreiser verkündet, „die jetzige Fassung ist derart, daß kein Zweifel mehr darüber herrschen kann, daß nur eine gewaltsame Handlung als Mittel von Anschlägen gegen die Republik anzusehen ist". Aber das ist, mit Verlaub, nur eine Spiegelfechterei, denn der Ausschuß hat in dem Paragraph 39, der von der Auslegung einzelner Ausdrücke des Gesetzes handelt, die neue Bestimmung aufgenommen, daß „unter Gewalt nicht nur eine tatsächliche gewalttätige Handlung, sondern auch die gefährliche Drohung mit einer unmittelbaren gewalttätigen Handlung zu verstehen ist"; er hat also durch eine Hintertür genau das eingeführt, was beseitigt zu haben der Lobpreiser dem Ausschuß nachrühmt! Das wird man wohl als jene Heuchelei bezeichnen dürfen, die das Kompliment ist, das das Laster der Tugend macht. . . . So nebenbei wollen wir feststellen, daß in dem schon einmal erwähnten Beschlusse des altösterreichischen Herrenhauses der Hochverrat tatsächlich auf die Gewalt beschränkt wird: „Wer versucht, gewaltsam die Verfassung usw. zu ändern"; von der Drohung mit Gewalt ist keine Rede. Den Hochverrat auf Drohung auszudehnen, blieb wahrlich diesem erstaunlichen Schutzgesetz vorbehalten.

Es ist einfach nicht wahr, daß das Gesetz an irgend einem nennenswerten Punkte gemildert worden wäre; im Gegenteil, eine genaue Betrachtung zeigt, daß die Aenderungen eher als Verschärfungen anzusehen sind; davon nicht zu sprechen, daß auch nicht ein Strafsatz ermäßigt wurde, mannigfache aber erhöht worden sind. Man fabelt vor, daß sich der Schutz nur auf Anschläge „gegen die vollständige Lahmlegung" der verfassungsmäßigen Tätigkeit der betreffenden Faktoren beschränkt. Wie das? Im ersten Entwurf war es ein Anschlag, wenn versucht wird, die verfassungsmäßige Tätigkeit einzustellen; jetzt, wenn versucht wird, sie zu verhindern; also ist nun schon ein schwächerer Versuch ein hochverräterischer Anschlag. Zur Vorbereitung der Anschläge war notwendig, daß man zu dem Zwecke „Mannschaften" sammelt, da war also die Bedingung die Sammlung gleichsam einer Armee; jetzt bereitet man den Anschlag schon vor, wenn man „bewaffnete Hilfskräfte" sammelt, aber da wird die Vorbereitung wohl leichter zu behaupten sein.

Bei dem Verrat des Staatsgeheimnisses, dem eine „nähere Präzisierung" nachgerühmt wird, bleibt der Verrat davon abhängig, daß die Regierung die Tatsache „im angelegentlichsten Interesse der Republik geheimhält oder welche in einem solchen Interesse geheimgehalten werden sollen"; wer kann das aber der „Tatsache" ansehen? Und wird die Regierung nicht jede ihr unbequeme „Tatsache" als eine solche qualifizieren, die geheimgehalten werden sollte? Die Teilnahme an einem Mordversuch, der sich gegen verfassungsmäßige Faktoren gerichtet hat, wird nun als unmittelbare Täterschaft auch dann bestraft, „wenn die Tat nicht vollbracht worden ist". Die Bestimmungen über die Geheimbündelei sind keineswegs „eingeschränkt" worden — die Auflassung der

konfisziert

altösterreichischen Paragraphe wird man doch nicht ernstlich als Einschränkung ansehen wollen — sondern noch dadurch verschärft worden, daß eine Denunziationspflicht für Beamte eingeführt wurde. Was der Ausschuß stehen gelassen hat ist schrecklich; was er geändert hat, ist nicht besser.

Am bedrohlichsten für die Freiheit der Kritik ist all das, was nun als „Störungen des allgemeinen Friedens" bezeichnet wird; es ist jener „Frieden", der die Ruhe als erste Bürgerpflicht erklärt. Nun wird gerühmt, daß nach dem Ausschußentwurf nicht mehr davon die Rede ist, „wer gegen den Staat aufwiegelt", sondern, man denke nur, „wer gegen den Staat wegen seiner Entstehung aufwiegelt"; aber wer vermöchte anzugeben, was das eigentlich bedeutet „wegen seiner Entstehung" gegen den Staat aufzuwiegeln? Das sind Spinngewebe, mit denen Berufsrichter rasch fertig werden! Nun beachte man, daß unter dem Paragraphen des altösterreichischen Strafgesetzes, die mit dem Schutzgesetz aufgehoben wurden, der § 300, der die Aufreizung zum Haß und Verachtung gegen Behörden enthält, nicht erscheint, (erstaunlicherweise auch der § 76 nicht, obwohl er mit dem § 10 des Schutzgesetzes beinahe identisch ist); sollte das nicht Absicht sein, um sich diesen, für alles brauchbaren Paragraphen, vorzubehalten? Bei der „groben Ungehörigkeit" sind die Gerichte und Behörden weggelassen, aber da dennoch nur die Würde „verfassungsmäßiger Faktoren" gewahrt wird, ist die Strafe von drei Monaten auf sechs Monate erhöht worden. Bei der Verbreitung unwahrer Nachrichten wird gerühmt, daß sie „nur als Uebertretung qualifiziert worden ist". Welche Gnade! Nur eben, daß für die Uebertretung keine andere Strafe bestimmt ist, als sie für das Vergehen bestimmt war; Arrest von drei Tagen bis zu drei Monaten!

Die Milde des Ausschusses kann man allerdings am besten aus den Delikten erkennen, welche die Aufreizung zu strafbaren Handlungen betreffen. „Wer zur gemeinschaftlichen Begehung einer Uebertretung aufreizt, wird wegen Uebertretung mit Arrest von drei Tagen bis zu drei Monaten bestraft". Dieser erst vom Ausschusse ausgeheckte Paragraph ist wohl eine der tückischesten Bestimmungen: denn was alles ist nicht eine Uebertretung, und welche Aufforderung kann da nicht als Aufreizung „zur gemeinschaftlichen Begehung einer Uebertretung" qualifiziert werden? Wer zu einem Vergehen aufreizt, wird wegen Vergehens mit strengem Arrest bis zu einem Jahre bestraft; so schließt die Revolution mit dem Gebote der Demut vor der hohen Obrigkeit ab. Aber das Unglaublichste ist wohl, „daß wer zur gemeinschaftlichen Begehung eines Vergehens nach § 47 und § 51 des Wehrgesetzes aufreizt, wegen Vergehens mit Kerker bis zu fünf Jahren bestraft wird"; also weit schwerer, als das Vergehen selbst bedroht wird! Aber was kann an einem Gesetz noch überraschen, das für die „Gutheißung von strafbaren Handlungen" eine Strafe bis zu drei Jahren Kerkers androht? Die „Gutheißung" kann ja auch so erfolgen, daß er „auf andere Weise hiezu seine Zustimmung zum Ausdrucke bringt"; also natürlich auch, wenn er die betreffende Tat erklärt, ihren Zusammenhang mit bestimmten Strömungen aufzeigt; dann ist jede Analyse etwa einer hochverräterischen Unternehmung mit dieser Strafe bedroht. Und all das will man noch als Ausfluß einer höchst vernünftigen und besonnenen Demokratie hinstellen!

Aber die Herren sind sich gar nicht im unklaren darüber, daß sie ein furchtbares Kautschukgesetz fabrizieren, dessen Bestimmungen jede Auslegung ermöglichen, und so wissen sie sich nicht anders zu helfen, als daß sie allerlei Verwahrungen in den „Motivenbericht" aufnehmen. Anstatt der „Aufreizung" gegen die „Unteilbarkeit" des Staates (§ 14) wird nun von der Aufreizung gegen die „Verfassungsrechtliche Einheit" gesprochen, und in dem Ausschußbericht wird erklärt, daß darunter die Agitation für eine verfassungsrechtliche Autonomie nicht falle. Eine strafbare Aufforderung „zur gemeinschaftlichen Nichterfüllung öffentlich rechtlicher Verpflichtungen" liege nur vor, wenn die Verpflichtungen „gesetzlich auferlegt sind", und im Motivenbericht wird erklärt, daß die Agitation gegen diese Gesetze oder gegen die Praxis dieser Anordnungen darunter nicht gemeint sei. Aber warum werden die Sachen nicht so tertiert, daß derlei Auslegungen nicht möglich sind? Weil ein Kautschukgesetz klare Begriffsbestimmungen eben nicht zuläßt! Aber was wird ein Ausschußbericht frommen? Die Bestimmung über die Aufforderung zur gemeinschaftlichen Nichterfüllung öffentlich rechtlicher Verpflichtungen paßt geradezu auf die Aufforderung zu einem Eisenbahnerstreik, und wenn sich der Jurist Meißner tröstet, daß ja diese Verpflichtungen der Eisenbahner zwar öffentlich rechtliche Verpflichtungen sind, aber die Aufforderung, sie nicht zu erfüllen, unter diese Strafbestimmung dennoch nicht falle, weil diese Verpflichtungen nicht auf Grund eines Gesetzes auferlegt sind, so ist er um seine Vertrauensseligkeit nicht zu beneiden. Daß irgendwo ein Gesetz aufgetrieben werden wird, das alle staatlichen Angestellten verpflichtet habe, ist selbstverständlich, also wird jede Aufforderung zu einem Streik als die Aufforderung zur Nichterfüllung bestraft werden können. Dieser Paragraph vernichtet die Koalitionsfreiheit der öffentlichen Angestellten vollständig; das aber ist wohl auch seine Bestimmung.

Aber alle diese Erörterungen über den Text des Gesetzes sind eigentlich müssig, und das Schwergewicht liegt ganz anderswo. Man lasse sich ja nicht auf den Abweg der Wortklauberei drängen; denn anderes sind die Abänderungen des Ausschusses wahrlich nicht. Die Vernichtung der politischen Freiheit, die das Gesetz vollzieht, liegt gar nicht so sehr in den einzelnen Paragraphen, liegt vielmehr darin, daß es die gesamten politischen Delikte dem Gerichte entzieht, dem sie nach zivilisiertem Recht allein gehören; sie den Geschworenen entzieht und sie dem Berufsrichtertum zuweist. Das ist die entscheidende Tatsache und an ihr hat der Ausschuß nicht gerüttelt, und ihr gegenüber würden alle Abänderungen der einzelnen Paragraphe nichts bedeuten, auch wenn sie wirklich Verbesserungen wären. Die Paragraphe über Hochverrat und Störung der öffentlichen Ruhe waren in Oesterreich, so schrecklich sie sich lesen, recht harmlose Sachen, solange Geschworene über die Schuld des Angeklagten zu urteilen hatten; sie wurden furchtbare Wirklichkeit, als Ausnahmsgerichte sie auszulegen bekamen. Vollständig falsch wäre auch der Trost, daß ja das zuständige Gericht der Staatsgerichtshof sein werde. Vor allem darf man die Fähigkeit gelehrter Richter, über die Paragraphe hinauszublicken, ebensowenig überschätzen, als ihre Neigung zur kunstvollsten „Subjumption des Tatbestandes" unterschätzen; aber der Staatsgerichtshof ist ja nur das Gericht für die Kapitalverbrechen dieses Schutzgesetzes, die natürlich die seltenen sein werden. Die eigentlich gefährlichen Bestimmungen sind deshalb die kleinen Delikte, die da in so massenhafter Fülle aufgestellt sind, und sie alle würden in den Händen des Berufsrichtertums die furchtbarste Waffe gegen die politische Freiheit sein. Daß der Entwurf alles das, was sogar im alten Oesterreich dem Schwurgerichte vorbehalten war, insbesondere aber die Presse, dem Berufsrichtertum ausliefert, das ist seine große Schuld, die keine Abänderung des Textes — und wie nichtig sind sie alle — gutzumachen vermag. Eigentlich spüren schon alle Journalisten, was da der Presse droht. Die Paragraphen über die Verbreitung unwahrer Nachrichten sind ja nichts neues in dem kargen § 308 des altösterreichischen Strafgesetzes steht eigentlich dasselbe. Aber solange für strafbare Handlungen der Presse das Schwurgericht kompetent war, konnte aus dem Paragraph kein Unheil entstehen; nun, wo das Berufsrichtertum darüber urteilen soll, ob die Nachricht unwahr war, ob man ausreichende Gründe hatte, sie für wahr zu halten, oder wußte, daß sie unwahr ist, ob sie die öffentliche Ruhe und Ordnung schädigt, nun werden diese Paragraphe zur Bedrohung der Presse, die mit diesem Paragraph allein ein schlecht gelaunter Staatsanwalt zu Tode quälen kann. Ohne Sicherung eines Gerichtes, das sich von den ausgeklügelten Paragraphen nicht imponieren läßt, sondern fähig ist, die großen geistigen Zusammenhänge zu sehen, und bereit ist, die politische Freiheit zu schützen, ohne Schwurgerichte für alle politischen Delikte muß das Gesetz zum Schutze der Republik ein Gesetz zum Schutze und zur Verankerung der Reaktion werden.

Freigabe des „feindlichen Besitzes" in Amerika.

Washington, 5. März. Präsident Harding unterzeichnete den Gesetzentwurf über die Rückgabe aller den Angehörigen der ehemals mit Amerika im Kriege befindlichen Staaten gehörenden Vermögen, sofern diese den Betrag von 10.000 Dollar nicht überschreiten. Durch diesen endgültig zum Gesetz erhobenen Entwurf werden 93 Prozent aller im Kriege beschlagnahmter Einzelvermögen freigegeben.

Inland.

Agrarische Packelei auf Kosten der Arbeiterschaft. Am Samstag hielt der deutschagrarische Abgeordnete Křepek in Leitmeritz eine Rede, worin er sich nach der üblichen Auseinandersetzung mit der deutschnationalen Partei der Vermögensabgabe zuwandte. Er erklärte in sehr resolutem Tone, die deutschen Bauern werden die Vermögensabgabe nicht leisten, aber hinterher findet man gleich in den folgenden Worten die Erklärung für das revolutionär scheinende Getue, indem Křepek der Versammlung erzählte, er habe am Freitag eine Konferenz mit dem Ackerbauminister gehabt und auf Grund dieser Aussprache könne er sagen, „daß bereits heute Grundlagen geschaffen sind, wonach bei der Vermögensabgabe ein Nachlaß bevorsteht, der zumindest eine Milliarde Kronen betragen wird". Nach dieser Eröffnung findet man den Kampf, den die Agrarier gegen den proklamierten Hochverrat des Dr. Lodgman führen, begreiflich. Lodgmans Irredentismus ist ihnen unangenehm, weil sie gerade dabei sind, wegen der Vermögensabgabe mit den tschechischen Agrariern zu packeln. Das Ergebnis dieser Packelei soll eben ein Nachlaß bei der Vermögensabgabe sein, der ungefähr eine Milliarde betragen wird. Angesichts dieser Tatsache, an der wohl nicht mehr gezweifelt werden kann, muß man fragen, woher die Regierung den Ersatz für diese Summe nehmen wird, die ihr bei der Vermögensabgabe, mit der doch der Finanzminister rechnet, entgeht. Wohl durch neue indirekte Steuern, durch eine neuerliche Belastung der breiten Massen der Konsumenten, die durch Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit schon genug geschwächt sind? Wie verlautet, sollen auch die tschechischen Agrarier, die Bundesgenossen des Herrn Křepek, ein Junktim zwischen der Herabsetzung der Vermögensabgabe und der Sozialversicherung hergestellt haben und nur dann bereit sein, die Sozialversicherungsvorlage durchzulassen, wenn durch eine Novelle zum Gesetz über die Vermögensabgabe die Herabsetzung dieser Abgabe erfolgt. Von der Beratung der Sozialversicherungsvorlage, von der man nun schon jahrelang spricht, hört man nichts, aber daß die Vermögensabgabe um eine Milliarde herabgesetzt werden soll, davon erzählt der Herr Křepek mit einer Bestimmtheit, die darauf schließen läßt, daß die Koalitionsparteien über diese Frage bereits einig sind. Die Herabsetzung der Vermögensabgabe ist ein weiteres Zeichen für die Schwäche der sozialistischen Parteien innerhalb der Regierungskoalition, unter deren Herrschaft es den Kapitalisten immer besser geht, die bestrebt sind, immer geringere Abgaben an den Staat zu entrichten und alle Steuerlasten auf die Schultern der Arbeiterschaft zu überwälzen.

Wie es um das Deutschtum der Christlichsozialen steht. Mehr noch als allen anderen bürgerlichen Parteien ist den Klerikalen der Nationalismus nur Mittel zum Zwecke des Wählerfanges und der Aufpeitschung der Massen. Hier zulande gebärden sie sich gerade jetzt, anläßlich der Ruhraktion des französischen Imperialismus als die Wortführer des deutschen Volkes und seiner Interessen. Dort aber, wo die „Konjunktur" andere Erfordernisse stellt, verraten sie deutlich, daß ihre Sympathien immer noch eher den Knechten Poincares als den deutschen Arbeitern gelten. Beweis dessen, die Wiener „Reichspost", die mit breitem Behagen einen Brief des Wiener Vertreters der „Agence Havas" abdruckt, worin sich dieser gegen einen Angriff des Genossen Dr. Ellenbogen zur Wehr setzt. Ellenbogen hat nämlich in einer der letzten Sitzungen des Wiener Na-

Hindemith-Opern.

Die neue Zeit zieht auch gegen die Oper zu Feld. Paul Hindemith, der musikalische Schöpfer der drei am 3. März in Prag aufgeführten Opernneuakter, ist zwar in erster Linie nicht der Ueberrevolutionär und Umstürzler schlechthin, als den er sich in diesen Werken gibt. Das Charakteristikum des jugendlichen Frankfurter Komponisten ist: echter Musiker durch und durch und fast allzu reifer Instrumentalfachmann. Im Grunde mehr absoluter Musiker, wie der große Erfolg seines Streichquartettes in Salzburg, bei den Kammermusikkonzerten der Modernsten bewies, sucht er nicht Umsturz um jeden Preis, sondern macht von ihm Gebrauch, wo er ihn als richtigen Ausdruck empfindet, wie er an anderen Stellen mit den einfachsten Mitteln von ehedem arbeitet. Seine Opern allerdings muten gewaltig reformatorisch an; es scheint fast, als hätte er sich an den Texten seiner literarischen Helfer überhitzt, als hätte er sein zu absoluter Musik neigendes Wesen durch die Wahl mystischer, expressionistischer, burlesker Vorwürfe befruchten wollen, hoffend auf echte dramatische Sprößlinge. Bei der Verbindung mit August Stramm, dem Dichter des zweiten Einakters „Sancta Susanna", ist die Hoffnung in Erfüllung gegangen; Stramm war eben dramatisch begabter Dichter. Kokoschka und Franz Blei jedoch, die Autoren der beiden anderen Spiele, sind typische Literaten und daher nicht geeignet, bluthaftes hervorzubringen. Die drei Opern sind Variationen über das Thema des Geschlechtlichen; Kokoschkas „Mörder, Hoffnung der Frauen", eine krasse symbolische Illustration des ins feindliche Leben — selbst über den Leichnam des Geliebten, liebenden Weibes hinaus — drängenden Mannes; „Sancta Susanna", ein poetisch gestalteter Kampf der gegen aufgezwungene Enthaltsamkeit sich bäumenden Menschennatur; Franz Bleis Marionettenspiel „Das Rusch-Ruschi", eine Reihe sehr intimer, für die Handelnden stellenweise kompromittierender Szenen aus Orientalien, wo man seinem Appetit auch in kaiserlichen Haremsgärten seinen Zwang antut, was der gekrönte Eigentümer mit bisher nicht bühnenüblichen Radikalmitteln beantwortet. Das Gemeinsame dieser drei, scheinbar grundverschiedene Art repräsentierenden Stücke ist ihre Einstellung auf Vereinigung der mimischen und musikalischen Geste. Was Hindemith an Musik dazu schrieb, ist ohne die körperliche Darstellung nicht denkbar und umgekehrt. Das Wort ist Nebensache. Sehen und hören nur muß man den Kampf brutaler Männlichkeit und brünstigen Frauensehnens, das Eindringen betörenden Frühlingszaubers durch tugendgepanzerte Klostermauern, die Begehrlichkeit junger Hungriger nach ungepflückten Früchten aus den Gärten der Gesättigten. Alle Möglichkeiten tonlichen Ausdruckes vereinen sich mit jenem des mimischen. In trefflicher Zusammenarbeit haben die Leiter der Aufführung, Alexander Zemlinsky und Louis Laber, Bilder geschaffen, die selbst das die Grenze des Darstellbaren überschreitende nicht nur möglich, sondern stellenweise sogar genußreich, überall aber interessant machten. Den Darstellern waren neue schwierige Aufgaben gestellt. Deren uneigennützig hingebungsvolle Lösung sei um so höher anerkannt, als es sich nicht um „dankbare Rollen" im herkommlichen Sinn handelt. Herr Schwarz und Frau Berthold im ersten Einakter, Fräulein Müller und Frau Sommer im zweiten, die Herren Schönberg, Sterneck, Kober, Ludwik, die Damen Krumpholz, Dinesen, Fuchs, Sommer, Müller — ja man müßte das ganze Personal aufzählen, wollte man alle, die zu der Gestaltung der Werke redlich beigetragen haben, nennen. Auch Kostüme und Dekorationen verdienen alle Anerkennung. Der Beifall des vollen Hauses, anfangs schüchtern, nach „Sancta Susanna" lebhaft, kämpfte am Schluß unnachgiebig gegen die ebenso hartnäckige Opposition.

Dr. F. K.

Glücksritter der Gegenrevolution.

Im Dreißigjährigen Kriege nannte man die Abenteurer, die Soldaten anwarben, um mit ihnen — meist auf Seite Zorer katholischen Majestät des Kaisers — in der allgemeinen Not des deutschen Volkes ihr „Glück" zu machen, „Fortunemacher". Der eine brachte es so bis zum General, der andere zum Grafen oder Herzog, der dritte mindestens zu einem großen Vermögen. In jene Zeiten fühlt man sich zurückversetzt, wenn man den Kampf der gegenrevolutionären Generale in Rußland in den Jahren von 1918 bis 1921 betrachtet.*)

Wir haben einige dieser „Fortunemacher" schon kennen gelernt. Es waren aber noch viele andere: Denikin, Koltschak, Gajda, Krasilnikow, Anenkow, Kalmykow, Chorwat, Semenow .... Der Preis, der ihnen winkte, war nicht gering. Wer zuerst die Bolschewiki niederrang, konnte sich in Petersburg die Krone der Romanows aufs Haupt setzen. Der Einsatz war allerdings das Leben, das ja damals wenig galt, übrigens meist nicht das eigene, sondern das der anderen, der Namenlosen.

Koltschaks Nibelungenschatz.

Nach dem Frieden von Brest-Litowsk drangen die deutschen Truppen in das wehrlose Rußland ein, und die Regierung der Volkskommissäre brachte rasch den Staatsschatz nach Kasan in Sicherheit. Als dann Denikin vom Süden aus gegen die Bolschewiki einen Vorstoß vorbereitete, wurden die Tschechoslowaken, die ihre Abreise aus Rußland begannen, von Lebedew, dem Kriegsminister der Regierung, die sich in Samara gebildet hatte, veranlaßt, eine gemeinsame russisch-tschechische Expedition auszurüsten, die sich in Saratow mit Denikin vereinigen sollte. Aber Lebedew änderte bald seinen Plan und ließ die Truppen statt nach Süden nach Norden gegen die reiche Stadt Kasan ziehen, in der man außer ungeheuren militärischen Magazinen auch den russischen Staatsschatz gewinnen konnte. Am 6. August 1918 war Kasan erobert und die Regierung von Samara befahl sofort, den Goldschatz nach Samara zu bringen. Es gelang aber erst nach längerer Zeit, gegen die passive Resistenz der Ortsbehörden von Kasan den Schatz abzutransportieren. Da aber auch Samara von den Bolschewiki bedroht war, wurde er zuerst nach Ufa und dann nach Tscheljabinsk gebracht, wo damals der gemeinsame antibolschewikische Generalstab war. Als dann in Omsk das Direktorium als „allrussische Regierung" gebildet wurde, brachte man auch den Schatz dahin und dieser wurde, als sich Koltschak im November zum Herrscher Sibiriens erklärte, dessen Besitz.

Koltschak ging natürlich nicht sehr sparsam mit dem Geld um. Wozu hätte er ihn auch eingesteckt? Als im nächsten Jahre Koltschak von der Katastrophe bedroht war, bot ihm General Janin im Namen der Verbündeten an, den Schatz unter internationalen Schutz zu übernehmen und nach Wladiwostok zu bringen, wo er zur Verfügung der russischen Regierung bleiben sollte. Aber Koltschak antwortete brüsk, daß er den Verbündeten nicht traue und das Gold lieber den Bolschewiki als den Verbündeten überlasse. Der Schatz war aber auch keine Kleinigkeit. Er enthielt in Münzen und Barren nicht weniger als 651,535.834 Rubel. Außerdem waren noch Unmengen von Wertpapieren, Platin und Silber dabei, so daß der Wert des Schatzes von den

*) In der tschechoslowakischen Literatur über die Legionen in Rußland ist darüber reiches Material enthalten. Neben den beiden Werken von Kratochvil und Krejci, die wir bereits zitiert haben, verwenden wir diesmal für die Geschichte des Koltschakschen Goldschatzes die Schrift von Dr. Rudela „O ruském zlatém pokladě a československých legiích" (Ueber den russischen Goldschatz und die tschechoslowakischen Legionen) und für den Räuberstaat des „Atamans" Semenow die von Fink „Umírající království" (Ein sterbendes Königreich).

tionalrates festgestellt, daß die „Agence Havas" für die Verkündung des Ruhmes Seipels im Ausland sehr splendid bezahlt wird. Und diese „Agence Havas" geht der „Reichspost" riesig nahe, sie wahrt ihr Interesse, das Interesse Frankreichs, gegenüber dem Vertreter der Wiener Arbeiterschaft. So stehts in Wien. In der Tschechoslowakei aber wissen die Christlichsozialen nicht, wie sie die Deutschnationalen im Haß gegen alles Französische übertreffen sollen.

Nichts tun und schimpfen. Nicht nur, daß die Parteien des deutschen Bürgertums dem Kampf der deutschen Sozialdemokraten gegen das Schutzgesetz zusehen, ohne selber auch nur den Finger krummzumachen, obzwar sich dieses Gesetz doch offensichtlich gegen das ganze deutsche Volk dieses Staates richtet — nicht genug also mit dieser Passivität in der Abwehr, fallen die Deutschbürgerlichen auch noch unserer Partei in unserem Kampfe gegen den Ausnahmszustand in den Rücken. Das Blatt der Hakenkreuzler in Karlsbad nahm die Protestversammlung unserer dortigen Genossen zum Anlaß, sie zu beschimpfen und außerdem eine lächerlich geringe Teilnehmerzahl an der Kundgebung zu erfinden. Auf solche Weise helfen also die deutschen Nationalsozialisten den tschechischen Urhebern und Verantwortlichen des Schutzgesetzes. Weil sich die deutsche Sozialdemokratie dagegen stellt, fallen die Gelben über sie her! Treffender hätten wir die Hakenkreuzler nicht charakterisieren können, als sie es durch solch politisch und moralisch niedrige Handlungsweise selber getan haben.

Zweierlei Maß. Es ist wirklich verwunderlich, wie energisch und brutal die Prager Polizei sein kann und wie sehr sie das bei den kommunistischen Demonstrationen am Sonntag bewies. Denn sie ist nicht immer so energisch. Der Herr Polizeidirektor weiß, was sich gehört und er weiß sehr wohl Arbeiterdemonstranten von demonstrierenden Nationalisten zu unterscheiden. Als das Landestheater beschlagnahmt wurde, da war die Polizei nicht zu sehen. Sie duldete es auch, daß im Gebäude der „Národni Listy" in der Mariengasse Prager tschechischen Kindern bunte Kopftücher aufgebunden wurden und als „Egerer" Kinder aus Prag vom Senator Sokol auf den Wenzelsplatz spazieren geführt wurden, um auf Grund der durch diese Attraktion hervorgerufenen Erregung tschechischnationaler Demonstranten einen Vorwand zur Besetzung des deutschen Hauses zu liefern. Aber wir brauchen ja nicht einmal so weit zurückzugehen. Als am 5. Jänner dieses Jahres ein Häufchen von Fascisten am Wenzelsplatz demonstrierte, duldete es der Polizeipräsident, daß diese in das Haus des „České Slovo" eindrangen, wo sie dem Chefredakteur Borek eine Verletzung beibrachten. Erst auf Einschreiten des Ministers Stříbrný gab der Polizeipräsident den Befehl zum Einschreiten der Polizei. Doch wie rücksichtsvoll war die Behandlung, die den demonstrierenden Fascisten widerfuhr, wie grundverschieden von der Behandlung, die den Demonstranten gegen das Schutzgesetz gestern zuteil wurde!

Die Opposition in der national-sozialistischen Partei. Die Abgeordnete Landa-Stych ist wegen einer Rede, die sie in Kopitz gehalten hat, Gegenstand heftiger Angriffe des „Pravo Lidu". In dieser Rede sagte sie u. a. folgendes: „Die Revolution ist keine Auflösung sondern ein Umsturz. In einer revolutionären Zeit ist es nötig, alle Rechte der Revolution auszunützen und alles zu tun, um ihr Ziel zu erreichen. Wir haben hier viel versäumt, denn wir haben zuviel an dem Patriotismus der tschechischen bürgerlichen Parteien geglaubt. So blieb die Trennung von Kirche und Staat unerfüllt, die Nationalisierung der Gruben und die Enteignung des Adels, was alles die Revolution hätte tun können. Und so haben wir am 28. Oktober anstatt eine Revolution zu machen, ein Fest gefeiert. Die Nation jubelte, während die Bourgoisie schon an den Verrat dachte; tatsächlich hat sich auch einige Wochen nach dem Umsturz ein goldene Internationale „Der Verband der Großindustriellen" gebildet, in dem die tschechischen Kapitalisten mit den deutschen und magyarischen darüber berieten, wie sie das arbeitende Volk um die Frucht der politischen Revolution bringen könnten. Und dies gelang ihnen auch." Wegen dieser Zeilen greift das sozialdemokratische „Pravo Lidu" eine nationalsozialistische Abgeordnete an. Hiezu ist wohl ein Kommentar überflüssig. — Das Budweiser kommunistische Blatt teilt mit, daß in einer am Donnerstag abgehaltenen Sitzung der tschechischen Sozialisten Frau Abg. Landa-Stych kategorisch erklärt hat, daß sie für das Schutzgesetz nicht stimmen werde.

Unter das Kommando der Nationaldemokraten. Den Vorsitz im Vollzugsausschuß der Koalition hat, wie die tschechischen Blätter melden, anfangs März der Vorsitzende des Klubs der Nationaldemokratischen Abgeordneten Dr. Lukavsky übernommen.

Gemeindewahlen in Neuhaus. Bei den Sonntag in Neuhaus stattgefundenen Gemeindewahlen erhielten die Sozialdemokraten 739 Stimmen und fünf Mandate, die Klerikalen 918 (6), Militärpartei 438 (3), Nationaldemokraten 737 (5), Kommunisten 252 (1), Gewerbetreibenden 1075 (7), Agrarier 215 (1), Nationalsozialisten 427 (2), Steuerzahler 540 (3). Die Sozialdemokraten und Kommunisten haben zusammen etwas weniger Stimmen erhalten als 1919, die Niederlage der Kommunisten ist augenscheinlich. Am meisten verloren jedoch die Nationalsozialisten, die 860 Stimmen eingebüßt haben. Auch die Nationaldemokraten haben 647 Stimmen verloren. Dagegen haben die Klerikalen 347 Stimmen gewonnen. Ganz bedeutend ist der Erfolg der Gewerbepartei, die zum erstenmal kandidierte und die meisten Stimmen auf sich vereinigte.

Demonstrationen gegen das Schutzgesetz.

Unerhört brutales Vorgehen der Prager Polizei.

Für den Sonntag hatte die kommunistische Partei eine Protestkundgebung gegen das Schutzgesetz auf die Sophieninsel einberufen. Sie hatte beabsichtigt, nach der Versammlung einen Umzug durch die Stadt zu veranstalten und anschließend daran ein Meeting am Altstädterring. Im letzten Moment erhielten jedoch die Einberufer eine Zuschrift der Polizeidirektion, in der es heißt:

Die Veranstaltung von Umzügen aus den einzelnen Stadtbezirken zu der Versammlung auf der Sophieninsel sowie auch die Veranstaltung eines einheitlichen Manifestationsumzuges kann nicht erlaubt werden und wird verboten aus dem Grunde, da hiedurch die öffentliche Ordnung und Sicherheit bedroht würde."

Trotzdem die Veranstalter bei der Prager Polizeidirektion für einen völlig ruhigen Verlauf der Kundgebung bürgten, wurde das Verbot nicht zurückgenommen.

Die Polizei hatte große Vorbereitungen getroffen. Nicht nur die gesamte Polizei war aufgeboten, sondern auch Gendarmerie und die Prager Garnison hatte bis 1 Uhr mittags strenge Bereitschaft. Schon in den frühen Morgenstunden begaben sich Polizeiabteilungen zu den Sammelpunkten der Kommunisten in den einzelnen Bezirken, trieben die Versammelten auseinander und versuchten die Kundgebung so überhaupt unmöglich zu machen. Dennoch war lange vor halb zehn Uhr der kleine und große Saal der Sophieninsel gefüllt, sodaß eine dritte Versammlung auf der Insel unter freiem Himmel abgehalten wurde. Es waren an 10.000 Arbeiter, offensichtlich auch zahlreiche tschechisch-sozialistische, versammelt, um gegen das Schutzgesetz zu protestieren. Die Versammlung verlief in vollkommener Ruhe. Außer Burian, Haken, Skala und Beuer sprach auch Schmeral, **der vor individuellem Terror warnte** und seine Rede mit den Worten schloß: So tragt ins Volk hinaus die Worte: Neuwahlen, Neuwahlen, Neuwahlen."

Als um elf Uhr die Versammlung zu Ende war, fanden die Kommunisten sämtliche Zugänge zur Nationalstraße von Polizei gesperrt. Berittene und Fußpolizisten hatten die Sophieninsel zerniert. In allen umliegenden Häusern waren starke Polizeigruppen bereitgestellt. Als die die Sophieninsel verlassenden Teilnehmer das Riesenaufgebot der Polizei sahen, brachen sie in „Hamba- und Abzugrufe aus. Auch die Rufe „Bechynes Reiterei" wurden laut. Die Polizisten drangen nun gegen die Brücke vor und bildeten zu beiden Seiten der abziehenden Demonstranten einen Kordon. **Hiebei hieben sie mit den Gummiknütteln auf die Arbeiter ein.** So gelang es auch der Polizei, einen beträchtlichen Teil der Demonstranten zu zersprengen, während ein anderer Teil über den Quai durch die Myslikgasse, Wassergasse auf den Wenzelsplatz ziehen wollte. Dieser Gruppe folgte bis zur Myslikgasse eine Abteilung der berittenen Polizei und es kam wiederholt zu kleineren Zusammenstößen. Als berittene Polizisten ein Häuflein Demonstranten angriff, sangen diese ironisch das „Gott erhalte". Die Polizei salutierte jedoch nicht. Schade, daß Herr Klima, der gegenwärtige Polizeihäuptling von Kaschau, diese Szene nicht miterlebte. Er hatte nämlich zu Oesterreichs Zeiten die Aufgabe, bei den verschiedenen „patriotischen" Demonstrationen, die in Prag stattfanden, darauf zu achten, daß beim „Gott erhalte" jedermann die Kopfbedeckung herabnehme. Während des Gesanges dieses Liedes kehrte die Polizei um und ritt auf den Wenzelsplatz. Am Wenzelsplatz wurde nun die berittene Polizei so aufgestellt daß sie von der Wassergasse aus nicht zu sehen war. Als die Demonstranten zum Wenzelsplatz gelangten, gab ein Polizeioffizier den Befehl zur Attacke. **Die Polizei ritt nun in die Menge hinein.** Vor den Polizeipferden schritten außerdem starke Gruppen von **Fußpolizisten, die in brutalster und rohester Weise mit ihren Gummiknütteln „arbeiteten". Zahlreiche Demonstranten wurden zu Boden geschlagen, auf dem Boden liegend geprügelt und mit den Füßen getreten.** Die Panik war furchtbar. Zahlreiche Fensterscheiben der in der Wassergasse befindlichen Geschäftsläden, insbesondere im Lucernapalais, gingen in Trümmer. **Die Polizei verfolgte einzelne fliehende Demonstranten bis auf den Karlsplatz und in die Korngasse,** wobei sich insbesondere ein Polizeioffizier dadurch hervortat, daß er die Wachleute durch die Worte: „Jen do toho mazat" (**„Nur hineinhauen!"**) aneiferte. Die Polizisten machten noch lange Zeit, nachdem sich die Demonstranten zerstreut hatten, am Wenzelsplatz „Ordnung", indem sie harmlose Passanten, die auf die elektrische Straßenbahn warteten, mit drohend erhobenen Gummiknütteln und dem dazu gehörenden preußisch strammen Ton zum Auseinandergehen aufforderten. Charakteristisch war es, daß die Polizisten eine vor der Česka Banka stehende **Gruppe von mit dem faszistischen „R" geschmückten Herren,** die das Vorgehen der Polizei nicht genug laut loben konnten, **nicht zum Auseinandergehen aufforderten, ja, daß sogar ein Polizeioffizier diesen Herren salutierte.**

*

Auch das „Pravo Lidu" gegen die Polizeiattacke.

Das „Pravo Lidu" schreibt zu den Vorgängen: Wir betrachten die Maßnahmen der Polizei für verfehlt. Schon dadurch, daß die Kundgebung am Altstädterring verboten wurde, hat die Polizei den Kommunisten eigentlich sehr gedient, weil sie zu verstehen gab, daß sie ihnen allzu viel Bedeutung beimißt. Das Häufchen von 3000 Leuten würde sich am Altstädterring sehr merkwürdig ausgenommen haben. Genau so war es überflüssig, daß beim Nationaltheater nach Schluß der Versammlung einige Abteilungen berittener Polizei erschienen, welche den Teilnehmern den Umzug über die Nationalstraße verboten. Wenn diese Maßnahme den Zweck hatte, einen Zusammenstoß mit den Faszisten zu verhindern, so hätten hiezu wohl einige Fußpolizisten genügt. Auch das Manövrieren der berittenen Polizei auf den Prager Straßen, besonders am Wenzelsplatz, hat unter der ruhig promenierenden Bevölkerung Verwunderung hervorgerufen, die keine Ahnung davon hatten, daß irgendwo in den Seitengassen eine Gruppe von jungen Burschen provoziert.

Serrati, der „Beleidiger" der Fascisten.

Mailand, 4. März. (Stefani.) Die Verhaftung Serattis ist sofort nach Veröffentlichung des Moskauer Manifestes an das italienische Proletariat angeordnet worden. Das ganze Manifest war eine Verunglimpfung des Faszismus und der faszistischen Regierung. Diese lasse sich nicht beleidigen und lasse ihren Gegnern nicht freie Hand. — Gestern abends wurden in der Redaktion des „Avanti" elf leitende Persönlichkeiten maximalistischer Richtung wegen der im Blatte veröffentlichten Erklärung verhaftet, daß die Einziehung Serattis als eine niedrige politische Rache anzusehen sei. Es verlautet, daß die Verhafteten entlassen, daß sie aber wegen Beleidigung des Staates angeklagt werden. Nur der frühere Chefredakteur des Blattes Nenni wird in Haft bleiben wegen seinen in Zürich gemachten Aeußerungen. Allen wird streng angeordnet werden, jedwede weitere gegenstaatliche Propaganda zu unterlassen. — Die Leitung der maximalistischen Partei veröffentlicht in Rom eine Resolution, in welcher den Abgeordneten zur Pflicht gemacht wird, die Reorganisation des Proletariats zu unterstützen und die Opfer der Reaktion zu schützen. Die Partei soll ihre internationale Stellung am Kongresse festlegen. — Auch die Parteileitung der unitaristischen Sozialisten hat eine Resolution veröffentlicht, in welcher sie sich dem Appell der Sozialisten von fünf Staaten an den Völkerbund, bezüglich der Lösung der Reparationsfrage anschließt.

Beamten der Staatsbank auf mehr als ein Milliarde Friedensrubel geschätzt wurde. Wie Koltschak mit dem Schatze gewirtschaftet hat, geht daraus hervor, daß, als das Gold von Kasan abtransportiert wurde, dazu 120 Waggons notwendig waren, während Koltschak auf seiner Flucht nur noch 28 Waggons mit sich führte. Allerdings waren auch diese noch ausreichend, um die Eisenbahn zu verstopfen, so daß Koltschak in seiner Flucht behindert war. Wer weiß übrigens, ob nicht Koltschak durch seine brüske Antwort an Janin und namentlich durch die Verweigerung des Goldes die Verbündeten so gereizt hat, daß sie ihn so leicht den Aufständischen auslieferten? So wurde dieser Schatz — ein zweiter Nibelungenschatz — Koltschaks Unglück. Der durch Koltschak und durch spätere Diebstähle verminderte Schatz fiel dann den Bolschewiki in die Hände.

Vom Räuberstaat Semenows und der Imperatrica Mascha.

Nach dem Zusammenbruch Koltschaks flohen seine Generäle zu Semenow, der im äußersten Osten Sibiriens jenseits des Baikalsees seine Herrschaft aufgerichtet hatte. General Sytschew hatte, um sich vor der Verfolgung durch die Regierung des „politischen Zentrums" zu sichern, noch rasch dreißig Irkutsker Bürger und eine Frau als Geiseln gefangengenommen und schleppte sie mit. Die neue Regierung wendete sich an die Verbündeten, damit sie das Leben der Geiseln retten. Die Regierung Semenows in Tschita gibt beruhigende Erklärungen, aber die von den Verbündeten eingesetzte Kommission muß feststellen, daß General Sytschew die Geiseln in der Station Baikal den Semenow-Leuten übergeben hat und daß diese sie von einem Schiffe nach grausamen Foltern in den See geworfen haben. Die Folterung der Gefangenen hatte der Chef der Spionage Tscherpanow angeordnet, und der Offizier Sipajlow hatte gemeinsam mit dem ehemaligen Polizeimeister Grand, einem gebürtigen Engländer, den ehemaligen Minister der provisorischen sibirischen Regierung Michailow, das Mitglied des Parlaments Markow, den Stabskapitän Petrow und die Revolutionärin Wjera Jermojalew zu Tode gefoltert. Die provisorische Regierung forderte nun von den Verbündeten, daß ihr die Schuldigen ausgeliefert werden. Als aber der Bevollmächtigte der Regierung nach Baikal kommt, wo er mit der von den Verbündeten eingesetzten Kommission zusammentreffen soll, trifft er nur das tschechische Mitglied der Kommission; die anderen hatten Besseres zu tun gehabt und waren ausgeblieben. Alles das ist charakteristisch nicht nur für Semenow, sondern auch für die Verbündeten; denn das System des weißen Schreckens, das Semenow aufgerichtet hatte, war nur möglich, weil die Verbündeten Semenow als den Helfer gegen die Bolschewiki ansahen und seine Grausamkeiten duldeten, die Japaner sie gar unterstützten, indem sie ihm mit ihren Truppen halfen, die unterdrückte Bevölkerung niederzuhalten und ihm Geld zur Anwerbung und Erhaltung seiner Söldner gaben. Wenn die Japaner kein Geld hergeben wollten, wurden militärische Expeditionen in die Dörfer geschickt, die zwangsweise Soldaten aushoben. Diese waren allerdings nicht sehr verläßliche Krieger, sondern liefen beim ersten Schuß zu den Gegnern über. Seine eigentlichen Krieger waren denn auch fremdländische Soldaten: vor allem deutsche und magyarische Gefangene, die aber meist auch nur durch Drohungen zu seinem Dienst gepreßt wurden. Die Leibwache Semenows bildeten früher Serben; als diese aber durch die Verweigerung einer Zulage von 30.000 Rubeln, die sie zum Namenstag des Königs Peter forderten, mißgestimmt wurden, wurden sie durch Burjäten ersetzt. Als aber Semenow den burjätischen Häuptling Bogdanow ermorden ließ, wurden auch sie unverläßlich und deshalb unter die Aufsicht von Serben gestellt. „Für alle Fälle" stellten aber die Japaner im Hofe seiner „Burg" Infanterie auf, und ein japanischer Offizier mußte im Vorzimmer Semenows schlafen.

Der russische Junker Semenow hat sich aus der Mongolei, wohin er von den Bolschewiki verdrängt worden war, mit einer Schar von Freiwilligen, die er mit japanischem Geld angeworben hatte, nach Tschita durchgeschlagen und hat dort sein „Königreich" errichtet, das den Japanern die Bolschewiki fernhalten sollte. Seitdem er dort unumschränkt herrscht, überläßt er das „Regieren" der Bande verzweifelter Abenteurer, die sich ihm angeschlossen haben, dem „traurigen Abfall des alten zarischen Regimes", wie sie Krejci nennt. Er selbst genoß sein Leben mit dem Gelde, das ihm die Japaner gegeben oder das er sich durch „Requisitionen" erpreßte. So herrschte denn dort militärische Willkür und bürokratische Korruption. Ein unbedachtes Wort genügte, um unschuldige Leute ums Leben zu bringen. In geradezu raffinierter Weise wurden die Panzerzüge zu Folterkammern umgewandelt. Ein System, das die teuflischen Erfindungen der spanischen Inquisitoren mit der alten chinesischen Justiz verbindet. Eigene Werkzeuge wurden konstruiert, mit denen man den ohne Gericht Verurteilten die Glieder bricht, die Zehen herausdreht, das Fleisch herauszwickt. Der Offizier, der eine Vorladung in einen solchen Panzerzug erhält, wartet nicht ab, ob er als Soldat oder als Opfer geladen ist, sondern flieht im nächsten Augenblick. Der Chef über die Wehrmacht und damit über den Staat ist Ungern-Sternberg, ein baltischer Baron, der einst in Petersburg als deutscher Spion wirkte und nun die Befehle der Japaner ausführt. Semenow selbst hält sich für das von Gott gesendete Werkzeug, um das orthodoxe Rußland zu retten. Er hat auch noch im Jahre 1921 vom Patriarchen von Jerusalem den „Orden vom Grabe des Heilands" erhalten, der seit sechshundert Jahren niemanden verliehen worden war.

Unter der ganzen Gesellschaft war eigentlich noch die sympathischeste die Lebensgefährtin Semenows, Maria Michajlowna, obwohl sie dem Regime Semenows den Namen eines „Operettenstaates" verschafft hat. Denn wie am Zarenhof der Mönch Rasputin, so war sie die letzte Instanz gegen die Willkür und hat manchen Unschuldigen durch eine einfache Visitkarte gerettet. Ueber ihre Herkunft sind die Meinungen geteilt. Ihre Feinde erklärten sie für eine Jüdin aus Berdiczew, namens Rosenzweig. Ihre Freunde sagten, daß sie eine Bulgarin sei, die mit sechzehn Jahren mit einer Zigeunerkapelle nach Odessa kam und nach der Oktoberrevolution über Sibirien, wo sie die reichsten Besitzer der Goldwäschereien um sich sammelte, bis Charbin kam. Hier lernte Semenow sie in einem Chantant kennen und nahm sie nach Tschita mit, wo sie von den Offizieren, die ihr den Hof machten, den Namen „Imperatrica Mascha" (Kaiserin Mascha) bekam. Aber eines Tages hatte sie einen Streit mit Semenow und am nächsten Tag floh sie nach Japan — mit einigen Kisten voll Gold und Edelsteinen. Als einige Monate später die nach dem Tode Koltschaks von seinem General Kappel gebildete und von den Bolschewiki geschlagene Armee nach einer beschwerlichen Flucht über die Eisfelder Sibiriens nach Tschita kam — Kappel selbst war unterwegs gestorben — fürchteten Semenows Generale, daß es um ihre Herrschaft geschehen sei, und machten es ihrer Imperatrica nach, indem sie über das Wasser flohen — jeder mit einem Dutzend Millionen, die sie im Dienste ihres Hern erspart hatten.

G. P.

Neue Besetzungen.

Die Begründung, welche die Regierung Poincare für ihren Vormarsch gegen Karlsruhe, Mannheim und Darmstadt anführt, trägt den Stempel des Vorwandes auf der Stirne. Bedürfte es immer nur eines „Sabotage-Aktes" in französischer Auffassung, um eine Stadt Deutschlands nach der anderen zu besetzen, so stünden die Truppen des Generals Degoutte bald in Berlin, München und Leipzig, denn „Sabotage" nennt Poincare jeden erfolgreichen Versuch eines passiven Widerstandes. Der neue Vorstoß der Franzosen ist hauptsächlich als wirtschaftspolitische Maßnahme zu werten. Frankreich trachtet danach, alle Rheinhäfen restlos in die Zollgrenze einzubeziehen. Der Hafen von Mannheim ist der größte Binnenhafen Europas, der kurz vor dem Kriege, was den Umschlag betrifft, nur durch den Kohlenversand-Hafen Duisburg-Ruhrort überflügelt worden war. 110 Hektar Wasserfläche sind hier als staatlicher Rheinhafen nutzbar gemacht. In der Unzahl der verschiedenen Hafenbecken und Verbindungskanäle hat sich im letzten Vorkriegsjahr der Verkehr auf 5,52 Millionen Tonen belaufen. Oberhalb Mannheims ist eine weitere private Hafenanlage für die in dem Vorort Rheinau angestellte Industrie. Hier betrug selbst im Kriegsjahr 1916 der Güterumschlag noch 2,09 Millionen Tonnen. Diese Zahlen geben ein Bild von der doppelten Bedeutung Mannheims, als süddeutsche Handels- und Schiffahrtszentrale und als Industriestadt. In den Mannheimer Rheinhafenanlagen vollzieht sich der Umschlag all der Güter, die auf dem Wasserwege des Rheins aus Uebersee, aus Holland, aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet für die süddeutschen Länder, Baden, Württemberg und Bayern mit der Pfalz zugeführt werden, vor allem Getreide, Petroleum, Kohle, Eisen usw. Anderseits strömen hier die Fertigfabrikate aus dem Süden des Reiches zusammen, Maschinen, Tabak, Holz usw. um den Reiseweg in die Welt anzutreten.

Die neuen Besetzungen liefern den deutschen Predigern der Gewalt ein unschätzbares Agitationsmaterial, weil diese auch darauf hinweisen können, daß mit der Besetzung Darmstadts die Mainlinie bedroht und damit eine Trennung des südlichen vom nördlichen Deutschland in gefahrvolle Nähe gerückt ist. Ja, selbst mancher ehrliche Anhänger des Verständigungsgedankens wird sich angesichts der herrischen Gebärde Poincares nicht offen mit seiner Ansicht hervorwagen. Das ist desto bedauerlicher, als deutscherseits etwas geschehen muß, und zwar etwas nicht Mißzuverstehendes und nicht zu Mißdeutendes, das die französische Politik vor der neutralen Welt ins Unrecht setzt. Sollen die Verfechter einer Vermittlungsaktion in England und Amerika ihre widerstrebenden Regierungen zu einem Eingreifen bewegen, so müssen sie auf erörterungswürdige deutsche Vorschläge hinweisen können, alle Welt, selbst Frankreich, wartet auf ein Angebot aus Berlin. Die Sprache, die vor einigen Tagen der „Temps" und das „Echo de Paris" geführt haben, der Hinweis dieser führenden Blätter, Deutschland müsse schriftlich genau bekannt geben, wie es sich eine Lösung denke, dürfen nicht überhört und keinesfalls mit dem stolzen, doch leeren Wort abgetan werden: solange die Ruhrbesetzung dauert, gibt es keine Verhandlungen.

Es liegt im System der deutschen Großindustriellen, daß sie in allgemeinen Redewendungen große Versprechungen machen, sich aber zu nichts Greifbarem verpflichten wollen; die Sozialdemokratie umgekehrt drängt auf Klarheit und muß es tun, wenn sie dem nationalistischen Pathos gegenüber die nüchterne Vernunft zum Siege führen will, — und die Regierung Cuno weicht lavierend dem Druck von rechts und leider noch mehr dem Druck von links aus. Auch hier, für diesen Kampf der Meinungen nun, droht Degouttes neuer Vorstoß verhängnisvoll zu werden. Wenigstens schlägt, was über Cunos Programmrede im Reichstag verlautet, die Hoffnung auf den Beginn einer Klärung so ziemlich nieder, er wird, heißt es, protestieren und wieder nicht sagen, was die deutsche Regierung an Zahlungen und Garantien zu bieten gedenkt. Dem internationalen Ansehen und dem inneren Frieden Deutschlands würde er damit jedenfalls einen schlechten, ja unheilvollen Dienst leisten.

*

Elberfeld, 3. März. (Wolff.) Der Bahnhof Scharnhorst wurde von zwei Infanterie- und einem Pionierregiment besetzt. Bahnhof und Straßen sind abgesperrt.

Aus Köln wird gemeldet, daß auf der rechten Rheinseite weiter besetzt wurden die Bahnhöfe: Linz, Unkel, Erpel, Kosbach, Ehrenbreitenstein, Vallendar, Bendorf, Fahr, Groß-Irich und Leutesdorf.

In Mannheim erstreckt sich die von den Franzosen eingeleitete Besetzung auf den Handels- und Industriehafen. Der Verkehr über die Rheinbrücke nach der Pfalz und vom Handelshafen her wurde von den Franzosen unterbunden. Die neue Neckarbrücke ist ebenfalls besetzt. Drei Schiffe mit Salz wurden weggenommen.

In Karlsruhe wurde der Rheinhafen von französischen Truppen besetzt. Das Hafengebiet ist völlig abgeschnitten; das Zollamt wurde gleichfalls besetzt. Jenseits des Rheines befindet sich eine weitere größere Truppenansammlung, deren Marschziel noch nicht bekannt ist.

In Koblenz nahmen die Franzosen die Gelder für die Arbeitslosenunterstützung beim städtischen Wohlfahrtsamte weg. Koblenz und Ehrenbreitenstein gleichen zur Zeit einem gewaltigen Heerlager. Im Zusammenhange mit der Besetzung des Post- und Telegraphenamtes wurden 88 Postbeamte von den Franzosen ins unbesetzte Gebiet abtransportiert.

Die Begründung der Franzosen.

Paris, 1. März. (Havas.) Die französische Regierung notifizierte amtlich der deutschen Botschaft in Paris, daß die Häfen in Karlsruhe und Mannheim sowie die Bahnwerkstätten in Darmstadt besetzt wurden, und zwar wegen Sabotage im Herneckanal, wo zwei Schiffe versenkt wurden, um den normalen Schiffsverkehr zu behindern.

Morde, Diebstähle, Gewalttaten.

Bochum, 4. März. (Wolff.) In der Nacht zum Sonntag ist in Essen nach französischen Mitteilungen ein deutscher Zivilist im Bereiche des französischen Hauptbahnhofgeländes von einem französischen Posten erschossen worden. Angeblich soll der Erschossene auf den Anruf des Postens nicht stehen geblieben sein. Die Personalien des Erschossenen waren bisher noch nicht festzustellen. Nachforschungen sind im Gange.

Düsseldorf, 5. März. (Havas.) Die Stationsvorstände in Buer und Westerhold wurden unter der Anschuldigung, in ihren Stationen Sabotageakte verübt zu haben, verhaftet. Der Direktor der Hafenbehörde in Duisburg wurde infolge der an den Schleusen des Kanals Rhein—Herne begangenen Sabotage verhaftet. — Acht Zivilwachmänner sind infolge ihres provokatorischen Verhaltens gegenüber den Okkupationsbehörden verhaftet worden. — In Duisburg ist eine Milliarde Mark, die der Deutschen Reichsbank gehört, beschlagnahmt worden.

Mannheim, 4. März. (Wolff.) Im Hauptzollamte haben die Franzosen alle Waren beschlagnahmt. Das der Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft gehörende Kranschiff „Mannheim 72", das im Neckar vor Anker lag, ist von den Franzosen beschlagnahmt und von einer französischen Wache besetzt worden. Wie der Mannheimer „Generalanzeiger" hört, darf von den im Neckar liegenden Schiffen keines weggeführt werden.

Düesseldorf, 3. März. (Havas.) Auf dem Bahnhofe von Kray bei Essen wurden 40 Lokomotiven, 300 Waggons Kohle, drei Speisewagen und vierzehn Personenwagen mit Beschlag belegt. — Das in Düsseldorf erscheinende kommunistische Organ „Freiheit" teilt mit, daß im Düsseldorfer Bezirke mehr als 20.000 Arbeitslose sind. Die Hälfte der Arbeiterschaft der Bischopp-Gießereien bei Duisburg ist ohne Arbeit, weil keine Rohstoffe und keine Brennmaterialien vorhanden sind.

Die Sicherheitspolizei in Geisenkirchen wurde gestern entwaffnet. 300 Mann und 12 Offiziere wurden in Lastautos in das unbesetzte Gebiet gebracht. Bei der kürzlich vorgenommenen Entwaffnung der Sicherheitspolizei in Bochum wurden einige Kanonen aufgefunden, auch eine Menge Patronenbänder für Maschinengewehre sowie große Mengen Patronen und Explosivstoffe.

Berlin, 5. März. (Wolff.) In Krefeld wurde das Filialwerk der Mühlheimer Firma „Stöcker u. Kunz", das sich entsprechend den Weisungen der Regierung und der Handelskammer weigerte an französische und belgische Firmen zu verkaufen, von zwei französischen Kompagnien, die von zwei Vertretern französischer und belgischer Werke geführt wurden, besetzt. Im Komptoir wurden die Pulte erbrochen, die Beamten verhaftet, sodann 60 leere Güterwagen in das Werk geschoben und die vorhandenen Vorräte verladen. Die Arbeiter haben die Arbeit sofort niedergelegt.

Vor einer Arbeiterregierung in Sachsen?

Dresden, 5. März. (Tsch. PB.) Der gestrige Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie lehnte mit 90 gegen 30 Stimmen die kleine Koalition mit den Demokraten ab, ebenso auch die Auflösung des Landtages. Dagegen beschloß er, eine siebenköpfige Kommission zu beauftragen, Verhandlungen mit den Kommunisten zu führen auf Grundlage des Programmes, das kürzlich zwischen beiden Parteien vereinbart worden ist und das die Einberufung eines Betriebsrätekongresses vorsieht, der u. a. über das Regierungsprogramm bestimmen soll.

Anschlag auf die deutsche Gesandtschaft in Rom.

Berlin, 4. März. (Wolff.) Nach einer soeben hier eingetroffenen amtlichen Meldung aus Rom ist bei einem Anschlag auf die deutsche Gesandtschaft der Legationssekretär Altenburg durch einen Oberschenkelschuß schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt worden.

Rom, 4. März. (Havas.) Zwei Diebe sind in der Nacht in die Villa des deutschen Botschafters eingedrungen. Die Dienerschaft der Botschaft gab auf sie Schüsse ab. Die Polizei verhaftete die Täter, von welchen einer verletzt wurde. Ministerpräsident Mussolini sprach dem Botschafter sein Bedauern aus. — Der deutsche Propagandadienst verbreitet das Gerücht, daß der Diebstahlsversuch in der deutschen Botschaft von durch Franzosen angeworbenen Leuten begangen wurde, um sich geheimer Schriftstücke auf der Botschaft zu bemächtigen, aus denen das Verhältnis zwischen Italien und Deutschland zu ersehen wäre. Gegenüber diesem Gerüchte, welchem die italienischen Polizeibehörden keinen Glauben beimessen, ist zu erwähnen, daß die beiden Diebe Italiener sind und daß ihre Identität vollständig sichergestellt ist. Nach aus guter Quelle stammenden Angaben wurde das Vorkommnis in der deutschen Botschaft in Rom dazu ausgenützt, das herzliche Verhältnis zwischen Frankreich und Italien zu trüben. (Dieses amtliche Dementi klingt so lahm, daß es fast wie eine Bestätigung wirkt. D. Red.)

Berlin, 6. März. (Tsch. P.) Ueber den Einbruch in die deutsche Botschaft in Rom wird hier von zuständiger Stelle erklärt, daß es sich um einen politischen Einbruch handelt. Die drei Männer, die in die Kanzleiräume eingedrungen sind, erbrachen den eisernen Schrank und entnahmen diesem Aktenmappen. Die Botschaft war gewarnt worden und hatte Vorkehrungen getroffen, sodaß der Akten-Chiffrenraub verhindert und die Täter festgenommen werden konnten.

Verfolgungen in Ungarn.

Wien, 5. März. (Eigenbericht.) In der Budapester Regierungspresse und in den Blättern der „Erwachenden" wird die Hetze gegen die Teilnehmer an der Oktoberrevolution fortgesetzt und werden neue Konfiskationen gefordert. Namentlich gegen den Prälaten Dr. Gießwein und gegen Johann Hock richtet sich die Hetze, da diese beiden Geistlichen das christlich-nationale Ungarn im Auslande angeblich kompromittieren. Johann Hock weilt in Amerika und ist außer Gefahr, Dr. Gießwein aber, den man vor allem wegen seines vor kurzem in Prag gehaltenen Vortrages angreift, ist arg bedroht. Es heißt, daß auch gegen die Führer der seinerzeitigen selbständigen Fünfkirchner Republik das Konfiskationsverfahren eingeleitet werden soll.

Prag, 5. März. Die deutsche Völkerbundliga in der Tschechoslowakischen Republik teilt mit: Der Völkerbundrat hat bekanntlich in seiner Sitzung vom 31. Jänner d. J. auf gemeinsamen Antrag der tschechischen und ungarischen Regierung beschlossen, die Frage der endgültigen Grenze zwischen den beiden Staaten durch einen Schiedsspruch zu regeln. Die Vertreter der beiden Staaten sowie das englische und das italienische Mitglied der Abgrenzungskommission sind nun am 26. Feber in Genf zu Beratungen zusammengetreten. Den Bericht an den Völkerbundrat wird der Vertreter Brasiliens, de Gama, erstatten. Strittig zwischen den beiden Staaten ist vor allem das Kohlengebiet von Salgo-Tarjan.

Wien, 5. März. (Tsch. PB.) Die Vertretung der tschechoslowakischen sozialistischen Partei in Oesterreich hat den Beschluß gefaßt, daß der zweite ordentliche Kongreß zu Pfingsten stattfinde und der Exekutivausschuß der Partei wurde beauftragt, über die Frage der Vertretung der Partei am internationalen sozialistischen Kongresse in Hamburg zu entscheiden. An der Beratung nahm auch Abg. Anton Nemec teil. Abg. Nemec hielt außerdem am Samstag und am Sonntag in zwei Versammlungen Reden über die Internationale und die kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft.

Wien, 5. März. Die Nationalsozialisten Wiens beschlossen, eine Reihe von Zeitungen wegen ihrer Haltung zu warnen. So wurde dem „Neuen Wiener Journal" erklärt, daß der Herausgeber Lippowitz wegen seiner franzosenfreundlichen Haltung verantwortlich gemacht werden wird.

Berlin, 5. März. (Tsch. P.) Wie die Blätter melden, kam es am Sonntag nachmittags in Erkner bei Berlin zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Angehörigen des Landwehrkriegervereines Erkner. Die zur Feier des Stiftungsfestes des Vereines erschienenen Teilnehmer wurden nach dem Kirchgange von Kommunisten überfallen, die von Berlin nach Erkner gekommen waren. Es kam zu schweren Schlägereien, wobei drei Mitglieder des Landwehrkriegervereines schwer und mehrere Personen leicht verletzt wurden.

London, 5. März. Bei der Wahl in Mitcham (Grafschaft Surrey) erhielt Ede (Arbeiterpartei) 8029 Stimmen, Gesundheitsminister Boscaver 7196, der Liberale Brown 3014 und der unabhängige Konservative Catterall 2684 Stimmen.

Tages-Neuigkeiten.

Unser Kampf gegen das Schutzgesetz.

Heute wird im Abgeordnetenhause die Vorlage des Gesetzes zum Schutze der Republik zur Verhandlung gelangen. Ueber Beschluß des Reichsausschusses unserer Partei fanden in der Zeit vom 3. bis 5. März im ganzen Gebiete der tschechoslowakischen Republik von unserer Partei einberufene Protestversammlungen statt. Nach den bisherigen Berichten haben in diesen Tagen weit über 100 Versammlungen unserer Partei stattgefunden, in denen die Arbeiterschaft gegen das Schutzgesetz demonstrierte. Die uns bisher vorliegenden Berichte geben Kunde von dem einmütigen Willen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft, den Kampf gegen das Schutzgesetz bis zum Ende durchzuführen. Die vom Reichsausschuß vorgeschlagene Resolution wurde in allen Versammlungen einstimmig angenommen.

Aus dem Troppauer Kreisorgan tragen wir an dieser Stelle jene Versammlungen nach, die im Kreise Troppau stattgefunden haben. So fanden Versammlungen statt: am 3. März in Niklasdorf, am 4. März in Troppau, Wiese-Seifersdorf, Würbenthal, Freudenthal, Johannesthal, Klein-Mohrau, Hillersdorf-Kammer, Kunau, Karlsthal, Liebenthal, Weidenau und Engelsberg-Lichtewerden; am 5. März in Olbersdorf.

Massenversammlungen in Aussig und Karbitz.

Die Lobositzer Versammlung verboten!

Montag um fünf Uhr nachmittags fand auf dem Aussiger Marktplatze die Protestkundgebung der Aussiger Genossen gegen das Schutzgesetz statt, die sehr gut besucht war. Zuerst sprach Abgeordneter Genosse Grünzner, der auf verschiedene Paragraphe des Gesetzes verwies und die durch sie für die Arbeiterschaft entstehenden Gefahren erläuterte. Sodann sprach Bürgermeister Genosse Pölzl über die politischen Auswirkungen des Gesetzes und ermahnte die Anwesenden, trotz der schwierigen Situation, in welche die Arbeiterschaft durch das Ausnahmegesetz gebracht wird, im Kampfe auszuharren. Die versammelten Arbeiter gaben ihrer Entrüstung über das Schandgesetz wiederholt lebhaft Ausdruck. Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. — Auch in der Demonstrationsversammlung in Karbitz, in der Genosse Hiebsch aus Aussig sprach, wurde die Resolution unter stürmischem Beifall angenommen. — In Lobositz sollte ebenfalls Sonntag vormittags eine Versammlung stattfinden, doch wurde sie von der politischen Behörde verboten.

Polizisten mit Gummiknütteln in einer Versammlung.

Die Feinde der Arbeiter benehmen sich bereits so, als ob das Gesetz zum Schutze der Reaktion bereits in Geltung wäre. Die von unserer Partei für Sonntag nach Eger einberufene Kundgebung gegen das Schutzgesetz mußte in Form einer Vereinsversammlung veranstaltet werden, weil die Polizei auf dem Standpunkt steht, die Volksversammlung sei eine Stunde zu spät angemeldet worden. Abg. Genosse Dr. Hellitscher wies in seinem Referat unter stürmischen Entrüstungskundgebungen der Versammlungsteilnehmer auf die empörende und beschämende Tatsache hin, daß sich in dem Versammlungslokal ein starkes Polizeiaufgebot mit Gummiknütteln befinde. Die versammelten Arbeiter erklärten, sich unter keinen Umständen provozieren zu lassen und den Kampf wie bisher weiterzuführen. Die vorgeschlagene Resolution wurde unter stürmischem Beifall angenommen.

Arbeitslosenversammlung in Warnsdorf. Wie uns aus Warnsdorf berichtet wird, fand dort Montag den 5. März eine vom Gewerkschaftskartell einberufene, massenhaft besuchte Versammlung der Arbeitslosen statt, in der gegen die Verkürzung der Arbeitslosenunterstützung protestiert wurde.

Uebergriff der politischen Bezirksverwaltung in Tetschen. Mit einem Runderlaß vom 20. Feber hat die politische Bezirksverwaltung in Tetschen allen Bürgermeistern und Gemeindeämtern der Gerichtsbezirke Bensen und Tetschen aufgetragen, ein Verzeichnis aller in den Betrieben des politischen Bezirkes Tetschen beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte vorzulegen. Wie üblich, beruft sich dieser Auftrag auf keine gesetzliche Bestimmung, da eine solche auch nicht zu finden ist. Die Gemeinden haben deshalb an die politische Bezirksverwaltung Tetschen die Rückfrage gerichtet, auf welcher Grundlage dieser Auftrag erlassen worden ist und ob werden dem Auftrag nur Folge leisten, wenn die politische Bezirksverwaltung Tetschen seine gesetzliche Grundlage nachweist.

Waffenfunde in Komorn. Aus Preßburg meldet das Prehbureau: Auf Grund einer vertraulichen Mitteilung, daß im Keller des ehemaligen städtischen Polizeikapitanats in Komorn Waffen vergraben sind, nahm die Staatspolizei am 3. ds. eine Durchsuchung des Kellers vor, wobei zwei Maschinengewehre, fünf gewöhnliche Gewehre sowie 6 Kisten mit 3000 Stück scharfen Patronen in Maschinengewehrgürteln in der Erde vergraben vorgefunden wurden. Die Gewehre waren mit Hadern umwickelt und vor Beschädigung durch Bretter geschützt. Weiters wurden an verschiedenen Stellen des Kellers 45 Handgranaten gefunden, von denen 10 vollkommen unversehrt waren und in einer Kiste lagen. Die Waffen waren zwar an der Oberfläche etwas verrostet, funktionieren aber tadellos, sodaß sie im Bedarfsfalle verwendet werden konnten. Nach Komorn wurde eine Kommission mit dem Polizeirate Mrazek an der Spitze entsandt, die feststellte, daß der Hauptverdacht für die Verwahrung der Waffen auf den städtischen Polizeiwachtmeister Franz Mathas fällt, der in städtischen Diensten steht und bisher ungarischer Staatsangehöriger ist. Mathas hatte die Schlüssel zum Keller. Bei der Untersuchung gegen ihn wurde angezeigt, daß er häufig nach Ungarn fährt und andere anstiftet, sich nicht als tschechsl. Staatsbürger anzumelden. Mathas wurde in Haft genommen.

Teplitz-Schönau in der Schweiz. Unser Teplitzer Bruderblatt, die „Freiheit" schreibt: Nicht nur im fernen Ausland, sondern oft sogar in unserem deutschen Nachbarstaate scheint man nicht zu wissen, wo die bekanntesten Städte Böhmens liegen. Eine hiesige Firma erhielt dieser Tage einen Brief, der nach Teplitz-Schönau in

der Schweiz (!) adressiert war. — Ob der Absender wohl, als er seinen Brief schrieb, dabei die Vorstellung nicht los wurde, daß die Tschechoslowakei, so wie ihre Begründer es einst verhießen, eine Schweiz neueren oder höheren Stils sei?

Die Revolution von 1848. In den nächsten Tagen werden 75 Jahre seit der Revolution des Jahres 1848 verflossen sein. Der Erinnerung an die Kämpfer von damals dient ein Vortrag, den der bekannte Historiker der Wiener Universität Genosse Professor L. M. Hartmann in einer gemeinsamen vom Verein deutscher Arbeiter mit der Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker veranstalteten Gedenkfeier halten wird. Der Vortrag findet Dienstag, den 13. März, in einem Hörsaale des Karolinums in Prag I, Eisengasse, statt.

Wiedererrichtung der technischen Nothilfe in Wien. Nach einer Meldung der „Arbeiterzeitung" hat auf der technischen Hochschule, der Hochschule für Bodenkultur und im technologischen Gewerbemuseum in Wien seit einigen Tagen eine intensive Werbearbeit für die technische Nothilfe eingesetzt. Die frühere technische Nothilfe in Wien ist bekanntlich an sich selbst zugrunde gegangen. Jetzt versucht auf der technischen Hochschule der als Monarchist bekannte frühere Oberstleutnant Lechner, die arischen Hörer der Hochschule für eine Neugründung der technischen Nothilfe zu werben. Dieser Tage hat Lechner nach einer Vorlesung im Hörsaale eine Agitationsrede gehalten, in der er die technische Nothilfe als eine freiwillige Arbeitsgemeinschaft deutscher Frauen und Männer zur Verrichtung von Notstandsarbeiten in lebenswichtigen Betrieben bezeichnete. Die Streikbrecher werden im Falle der Verwendung den vollen Lohn des Arbeiters, freie Verpflegung, Unterkunft und sogar Arbeitskleider erhalten. Lechner versicherte, daß die Nothilfe auch unter den Schutz militärischer Formationen gestellt werde, da man sich auf die sogenannte Wehrmacht nicht verlassen könne. Der Vortrag Lechners wurde von den arischen Radaubrüdern mit Beifall aufgenommen und an der technischen Hochschule sind jetzt kleine Zettel angeschlagen: „Technische Nothilfe, Anmeldepflicht". Im technologischen Gewerbemuseum wird die Propaganda für diese Streikbrecherorganisation sogar amtlich betrieben. Hier erschien während eines Vortrages der Professor Winkler, unterbrach den vortragenden Professor, erläuterte dann die Organisation der technischen Nothilfe und erklärte, daß deren Organisation im ausdrücklichen Einvernehmen mit der Regierung erfolge. Winkler besaß sogar die Frechheit, während des Unterrichtes Fragebogen und Verpflichtungsscheine an die Studenten zu verteilen. Er erklärte auch, daß im Einberufungsfalle jene Mitglieder der technischen Nothilfe, die auch Mitglieder irgend eines Wehrverbandes sind, dem Einberufungsbefehl des Wehrverbandes, der zu gleicher Zeit erfolgt, in erster Linie zu folgen haben. Denn die Wehrverbände seien noch wichtiger als die technische Nothilfe.

Die Wiener Hakenkreuzler an der Arbeit. Gestern vormittags kam es vor der Wiener Universität zu neuen Hakenkreuzlerskandalen. Die Hakenkreuzler besetzten zeitig früh, mit Gummiknütteln ausgerüstet, die Hochschulgebäude und erklärten, daß sie den Eintritt jedem jüdischen Hochschüler verwehren werden. Alle ankommenden Hochschüler mußten sich legitimieren, die jüdischen Hochschüler durften das Gebäude nicht betreten. Da sich die nichtarischen Hochschüler das Vorgehen der Hakenkreuzler nicht gefallen lassen wollten, kam es vor vielen Gebäuden zu wüsten Schlägereien. Die Hakenkreuzler drangen auch in die technische Hochschule ein, unterbrachen hier die Vorträge und verlangten, daß sich die jüdischen Hochschüler aus dem Gebäude entfernen. Dieser Forderung der Hakenkreuzler wurde in den meisten Fällen nicht entsprochen, da die einzelnen Professoren mit Bestimmtheit erklärten, dem Terror nicht weichen zu wollen. Da die Hakenkreuzler, ähnlich wie bei den Universitätskrawallen in Prag, militärisch organisiert auftraten, so konnte ihr Unternehmen bei einigen Gebäuden von Erfolg begleitet sein. Die Polizei schritt nur ein, wenn es zu Tätlichkeiten auf der Straße vor den Schulgebäuden kam.

Wieder ein Wiener Prügelpfaffe. An der Knabenvolksschule in Wien-Ottakring mißhandelte, wie die „Arbeiterzeitung" meldet, ein aus Deutschland stammender Katechet die Kinder. Einem Knaben schlug er vor einigen Wochen so heftig ins Gesicht, daß die Spuren der Mißhandlung noch am nächsten Tage zu sehen waren. Trotzdem nun der Pfaffe von dem Vater des mißhandelten Knaben ernstlich verwarnt wurde, hat er sein Treiben nicht eingestellt und pflegt jetzt mit besonderer Vorliebe die Kinder an der Hautfalte unter dem Kinn zu zerren. Auch schlägt er die Kinder mit einem Stocke über die Hände und den Rücken und auch auf die Füße. Die Anzeige gegen diesen Prügelpfaffen, der die Kinder, wenn sie während seiner Stunde Leibschmerzen hatten, nicht hinausgehen ließ, wurde bereits dem Wiener Landesschulrat übermittelt.

Wilhelm vor neuen Vaterfreuden. Wie „Daily Chronicle" aus Doorn meldet, steht der ehemalige Kaiser Wilhelm tatsächlich in Verhandlungen, um seiner Gattin die Reise nach Korfu zu ermöglichen, damit das Kind, dessen Geburt erwartet wird, nicht in der Verbannung zur Welt komme.

Die Gleichberechtigung der Frauen an den englischen Universitäten. Der Senat der Cambridger Universität traf die Verfügung, daß Frauen alle Universitätsgrade erlangen können und daß sie unter denselben Bedingungen wie die männlichen Hörer zu den Vorlesungen und Uebungen zugelassen werden. Die Oxforder Universität hat vor kurzem den weiblichen Hörern dieselben Begünstigungen zugestanden.

Betrügereien bei der Wiener Kommerzialbank. Die Korrespondenz Wilhelm meldet aus Wien: Die Vorgänge bei der Budapester Filiale der Wiener Kommerzialbank sowie anonyme Anzeigen veranlaßten die hiesige Wirtschaftspolizei, Vernehmungen auch bei der Wiener Hauptanstalt dieser Bank einzuleiten. Hiebei wurden bei einer Filiale schon große Unregelmäßigkeiten festgestellt, die zu einer Verhaftung führten. Die polizeiliche Untersuchung dauert fort.

Entdeckung eines Verbrechens. Zu unserer unter diesem Titel am 15. v. M. gebrachten Notiz teilt uns das Kommando der ersten Truppendivision in Prag mit, daß der des Mordes am Fabriksarbeiter Albert Werner aus Bodenbach verdächtige Soldat Josef Fürtig bereits verhaftet ist und in die Untersuchungshaft nach Theresienstadt gebracht wurde.

Entsetzliche Tragödie eines Lokomotivführers. Als am Freitag der Lokomotivführer Franz Mašek aus Sobotla mit dem Zuge aus dem Jungbunzlauer Bahnhof ausfuhr, sah er auf dem Gleise eine Gestalt liegen. Alle Bemühungen, den Zug zum Stehen zu bringen, waren vergebens, der Lebensmüde geriet unter die Lokomotive. Als der Zug einige Meter weiter hielt, fanden die Eisenbahner nur eine Leiche vor, der die linke Hand und der rechte Fuß abgefahren war und die schwere Kopfwunden aufwies. In der verstümmelten Leiche erkannte der Lokomotivführer Mašek seinen 17 Jahre alten Sohn Johann, der an der Jungbunzlauer Realschule studiert hatte. Aus einem hinterlassenen Brief geht hervor, daß Johann die Tat aus Furcht vor Strafe verübte, weil er aus Mathematik eine schlechte Note erhalten hatte.

Austausch ungültiger Marken. Die mit dem Werte von 100 Hellern beginnenden Postmarken, die am 31. Jänner 1923 aus dem Verkehre gezogen wurden, und deren Umwechslungsfrist am 21. Feber abgelaufen ist, werden von der Postverwaltung ausschließlich auf Grund eines schriftlichen, mit einem 2 Kronenstempel versehenen Gesuches, das spätestens bis 31. März 1923 bei der zuständigen Postdirektion einzubringen ist, ausgetauscht werden. In dem Gesuche ist Zahl und der Wert der Marken, sowie genaue Adresse des Gesuchstellers anzugeben. Die Marken sind dem Gesuche nicht beizuschließen.

Blutiges Ehedrama in Saaz. Samstag nachmittag schoß der aus Oberleutensdorf stammende Chauffeur Josef Manz in der Stankowitzerstraße in Saaz auf seine 21jährige Gattin Marie, die er vor einem halben Jahre geheiratet hatte und brachte ihr eine schwere Brustwunde bei. Sodann richtete Manz den Revolver gegen sich selbst und traf sich so, daß er nach wenigen Minuten starb. Die verletzte Gattin konnte sich noch zu Fuß in das Krankenhaus begeben. Das Motiv der Verzweiflungstat ist bisher noch unbekannt, doch soll es sich um ein Eifersuchtsdrama handeln.

Verhaftung eines Wüstlings. Dieser Tage wurde der 29jährige Josef Vaniček aus Wiskeř verhaftet und dem Bezirksgerichte in Turnau eingeliefert. Vaniček heiratete eine 52 Jahre alte Witwe mit zwei Töchtern, der 17jährigen Anna und der 13jährigen Blažena. Vaniček hat nun seine jüngere Stieftochter einigemale vergewaltigt. Das schändliche Treiben des Wüstlings war nicht ohne Folgen geblieben. Um diese zu beseitigen, ließ sich die Mutter des Kindes zu einem verpönten Eingriff verleiten.

Raubüberfall wegen fünf Kronen. Zwischen Přeheischen und Hermannshütte wurde ein Mann namens Martin Weschta von drei jungen Leuten überfallen, die ihn durch einen Schlag auf den Kopf betäubten und um fünf Kronen beraubten. Der Ueberfallene konnte die Täter nicht beschreiben; er weiß nur, daß er einen von ihnen mit einem Messer am Hals oder an der Brust verwundete.

Ein Staatsbahnrevident als Anstifter eines Bahnkasseneinbruchs.

In der Nacht auf den 28. Feber wurden der 28-jährige Schlossergehilfe Karl Adamir aus Wrschowitz und der 21-jährige Schuhmachergehilfe Franz Mechurg aus Pankraß von der herbeigerufenen Polizeiwache mit Hilfe des Bahnpersonals bei der Frachtenkasse des Wrschowitzer Bahnhofes angehalten. Bei der Ortsdurchsuchung wurden in einem Papierkorbe fünf Schlüssel gefunden, von denen einer die Türe der Kanzlei und die drei anderen anstandslos die Wertheimkassa und den Tresor öffneten. In dem Papierkorb wurden weiter noch ein Brecheisen, Dietriche und ein Stammeisen gefunden. Adamir gab an, dieses Geräte und die Schlüssel von dem 32-jährigen Jaroslav Bernard aus Wrschowitz erhalten zu haben, dem der Aufenthalt in Prag für immer verboten ist. Bernard habe ihm auch anvertraut, er habe auf dem Bahnhofe einen bekannten Beamten, der ihm die Sache geraten habe. Bernard leugnete dies alles ab. Es wurde aber festgestellt, daß die Nachschlüssel zur Kassa unmöglich nach Abdrücken verfertigt werden konnten, sondern nach den Originalschlüsseln gearbeitet waren, welche zur Zeit des Urlaubes des Kassiers der 32-jährige Revident der Staatsbahnen Jaroslav Seik aus Wrschowitz bei sich hatte. Dieser wurde verhaftet und gestand nach langem Leugnen daß er den Plan auf Beraubung der einbruchssicheren Kassa erdacht habe. Die Nachschlüssel habe der Schlossermeister A. Hladky aus Wrschowitz angefertigt, dem er seinen Plan mitgeteilt habe. Hladky habe sodann den Bernard als zur Ausführung der Tat geeignete Person empfohlen. Seik hatte dem Bernard auch einen Situationsplan der Amtsgebäude übergeben, so daß dieser seinen Komplizen Weisungen erteilen konnte. Alle fünf wurden verhaftet und dem Strafgerichte eingeliefert.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Kleinhandelspreise.

In den soeben erschienen Preisberichten des staatlichen statistischen Amtes ist eine Aufstellung über die Bewegung der Kleinhandelspreise enthalten, wonach die Preise im Kleinhandel vom Dezember bis zum Jänner gefallen wären. Diese Aufstellung erweckt umso weniger Glauben, als nach den Berichten desselben Amtes die Großhandelspreise in derselben Zeit gestiegen sind. Nachstehend geben wir die Zusammenstellung des statistischen Staatsamtes wieder. I bedeutet Lebensmittel, II sonstige Gebrauchsartikel.

		Dezember	Jänner
Böhmen	I.	985	962
	II.	1100	1032
Groß-Prag	I.	961	959
	II.	1235	1077
Mähren u. Schlesien	I.	927	901
	II.	1074	1082
Slowakei	I.	983	906
	II.	1151	1140
Karpathorußland	I.	1114	1122
	II.	1279	1202
Gesamte Republik	*I.*	961	940
	II.	1107	1057

Wir fügen noch die Indizes der einzelnen größeren Orte zu. Prag 959 und 1077, Reichenberg 981 und 1035, Gablonz 1014 und 1224, Warnsdorf 1215 und 1374, Eger 936 und 1076, Komotau 1096 und 1018, Brüx 905 und 930, Teplitz-Schönau 936 und 1156, Aussig 989 und 1216, Karlsbad 845, Böhmerwald 922 und 1058, Brünn 885 und 1205, Olmütz 959 und 890, Mährisch Ostrau 864 und 1033, Troppau 884 und 1150, Preßburg 1088 und 1225, Kaschau 847 und 1073, Ungvar 932 und 1069. Auch aus diesem Beispiel geht hervor, daß die Angaben des statistischen Staatsamtes unmöglich richtig sein können. Daß es beispielsweise in Brüx, in Teplitz-Schönau, in Karlsbad in Mährisch Ostrau, in den Zentren der Industrie also, billiger ist als in dem gut versorgten Prag mit seinen organisierten Zufuhren, ist ausgeschlossen. Glaubhafter muten schon die Ziffern an, die von der ungeheueren Teuerung im Gablonzer und Warnsdorfer Gebiet zeugen.

Wir glauben, daß diese Ziffern des statistischen Staatsamtes dringend der Aufklärung bedürfen.

Die Arbeitslosenfürsorge im Tetschner Bezirke. In der letzten Sitzung der Bezirksverwaltungskommission Tetschen berichtete Genosse Reitzner über die Arbeitslosenfürsorge im Bezirke und über die Errichtung eines Fürsorgeamtes. Für die Kinder der Arbeitslosen wurden bisher 19.600, für die Arbeitslosen selbst rund 30.000 Kronen aufgebracht. An die Arbeitslosen werden Anweisungen auf Lebensmittel ausgegeben werden, zu deren Bezuge jeder Arbeitslose berechtigt ist, der den gestellten Bedingungen entspricht. Ueber Antrag des Genossen Reitzner bewilligte die Bezirksverwaltungskommission 30.000 Kronen für die Arbeitslosenfürsorge. Aus den Berichten ging weiter hervor, daß die Stadt Bodenbach eine Schülerausspeisung eingeführt und hiefür einen Betrag von 72.000 Kronen bereitgestellt habe. Es wurde dann noch der Beschluß gefaßt, einem Antrag des Genossen Reitzner zuzustimmen, in dem es heißt: die Bezirksverwaltungskommission ergreift die Initiative zum Zwecke der Einberufung einer Sitzung, an welcher die Vertreter aller Fürsorgeinstitutionen, die Städte Bodenbach und Tetschen außer der Bezirksverwaltungskommission teilnehmen und in der über ein entsprechendes Regulativ für ein Bezirksamt für soziale Fürsorge beschlossen werden muß.

Die Zuckerversorgung der Welt. Die europäische Zuckerproduktion wird in dieser Kampagne erheblich hinter den Erwartungen zurückbleiben, woran in erster Linie die Schwierigkeiten der Kohlenbeschaffung schuld sind. Die Erträgnisse in Deutschland, der Tschechoslowakei, Schweden und Belgien dürften geringer sein, als die bisherigen Schätzungen. Der deutsche Zuckerstatistiker F. O. Licht, hat seine Schätzung der bisherigen europäischen Zuckerernte um 135.000 Tonnen herabgesetzt. Die ganze europäische Produktion dürfte gegen 4 Millionen Tonnen betragen. Die Weltproduktion dagegen (Europa inbegriffen) 16.5 Millionen. In Cuba wird beinahe so viel Zucker erzeugt, wie in ganz Europa. Die Erzeugung von Java wird mit 1,650.000 Tonnen angegeben. Als größte Konsumenten kommen die Vereinigten Staaten und England in Betracht. Der Bedarf der Vereinigten Staaten wird auf 5.5 Millionen Tonnen geschätzt, die eigene Produktion beträgt nur ein Zehntel davon; so ist Amerika in großem Maßstabe auf Einfuhr angewiesen. Ebenso England, wo der Bedarf, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, noch größer ist. Er betrug im Jahre 1923 1,600.000 Tonnen; 71 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung, wovon 52 Pfund auf Haushaltungszwecke, 19 Pfund auf andere Zwecke entfallen. Diese ganze Menge muß eingeführt werden. In Europa gibt es jedoch gegenwärtig nur in der Tschechoslowakei (gegen 100.000 Tonnen) und Polen (40.000) Ueberschüsse zur Ausfuhr. Die deutsche Produktion genügt nur für den inländischen Verbrauch. Die früher sehr beträchtliche Produktion Rußlands existiert heute fast gar nicht mehr. Schwedens Zuckererzeugung ist ebenfalls in Abnahme. Der Zuckerbedarf der Welt für 1923 wird übrigens mit einer größeren Menge veranschlagt, als die Erzeugung. Er stellt sich heute höher als vor dem Kriege, während die Erzeugung von 1923 wesentlich darunter bleiben dürfte. Auch sind keine großen Vorräte vorhanden. Daraus wird sich eine Knappheit in der Zuckerversorgung ergeben bei gleichzeitiger Preissteigerung. Bereits jetzt sind die Preise im Steigen begriffen.

Deutschösterreichischer Gewerkschaftskongreß. Die Wiener Gewerkschaftskommission beruft für den 25. Jänner d. J. und die folgenden Tage den zweiten ordentlichen deutschösterreichischen Gewerkschaftskongreß ein. Außer den Berichten und Wahlen sind folgende Punkte auf der Tagesordnung: die wirtschaftliche Lage, die Sozialpolitik in Oesterreich, Organisationsfragen (Betriebsorganisation).

Flauheit auf der Leipziger Messe. Aus Leipzig, den 5. März wird uns berichtet: Die Frühjahrsmesse nimmt heuer einen sehr flauen Verlauf. Die Zahl der Aussteller hat sich zwar nicht wesentlich geändert, aber die Besucherzahl hat sich stark verringert. Die wirtschaftliche und politische Unsicherheit wirkt lähmend auf die Kauflust. Da die Preise der deutschen Waren den Weltmarktpreis fast erreicht haben, gibt es wenig ausländische Käufer. Sehr gut organisiert ist die technische Abteilung. Sie enthält meist Maschinen und zeigt viele technische Neuerungen. Hier wurden auch viel mehr Aufträge erteilt als in den städtischen Meßhäusern. Man hat den Eindruck, daß die deutsche Industrie durch das rasende Steigen der Preise die Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland fast eingebüßt hat.

Vor Lohnkämpfen in Berlin. Aus Berlin, den 5. März wird uns telephoniert: Obgleich die Löhne sich der Teuerung bisher noch gar nicht angepaßt haben, denken die Unternehmer schon wieder an eine Herabsetzung der Löhne, die sie mit dem Sinken des Dollarkurses begründen wollen. Bei den Verhandlungen sind die Industriellen sehr unnachgiebig. Wenn die Vermittlungsversuche der Regierung scheitern sollten, stehen der gesamten Berliner Arbeiterschaft schwere Lohnkämpfe bevor. Besonders kritisch ist die Lage in der Holz- und Metallindustrie.

Gewaltige Zunahme des deutschen Banknotenumlaufes. Der Ausweis der deutschen Reichsbank vom 3. Feber ergibt eine Zunahme des Banknotenumlaufes in der dritten Februarwoche um 419.7 Milliarden Mark, sodaß jetzt für 3.1 Billionen Mark Banknoten im Verkehr sind.

Weitere Aussperrungen in Budapest. Aus Wien den 5. März wird uns berichtet: In der Lohnbewegung der Budapester Metallarbeiter ist insofern eine weitere Verschärfung eingetreten, als heute 2000 Holzarbeiter ausgesperrt wurden.

Einigung im Lohnkonflikt der polnischen Bergarbeiter. Die in Dombrowa geführten Verhandlungen zwischen den Bergwerksbesitzern und der Arbeiterschaft betreffend Lohnerhöhungen im Dombrowaer Kohlenrevier sind abgeschlossen. Es wurde ein neuer Lohnvertrag unterzeichnet, aufgrund dessen den Bergarbeitern eine 120prozentige Lohnerhöhung, sowie entsprechende Familienzuschüsse zuerkannt wurden. Mit den Familienzuschüssen wird die Lohnerhöhung 130 bis 140 Prozent betragen. Die Lohnauszahlungen erfolgen alle zehn Tage. Dieser Lohnvertrag soll allmonatlich revidiert werden.

Die Besteuerung der Genossenschaften ist der neue Kampfruf der englischen Kapitalisten geworden, welche die Konkurrenz der Genossenschaften abschwächen möchten, um ihre Profite zu erhöhen. Diese Konkurrenz ist in der Tat eine mächtige, der Umsatz der englischen Genossenschaften betrug im letzten Jahr nicht weniger als 400 Millionen Pfund. Die Gewinne blieben bisher steuerfrei. Der Angriff richtet sich nicht dagegen, daß die an die Genossenschaftsmitglieder als Profite verteilten Dividenden steuerfrei blieben, sondern daß die Genossenschaften einen Teil der Gewinne zur Erweiterung ihrer Betriebe verwenden, ohne diese zu versteuern. Man würde es gern sehen, wenn die Gewinne entgegen den Grundsätzen des Genossenschaftswesens restlos verteilt würden, wenn nur der Produktionsapparat der Genossenschaften nicht gesteigert würde. Das Interesse an der Entwicklung der nationalen Produktion Englands ist diesen kapitalistischen Bestrebungen entgegengesetzt.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank 15'75.00
Berlin	Mark 670.00
Wien	österr. Kr. 2112

Züricher Schlußkurse.

	Geld	Ware
Paris	32.55'00	32.65'00
London	25.10'00	25.12'00
Berlin	0.023'50	0.024'00
Mailand	25.6'50	25.70'00
Holland	211'00	211'50
Wien	0.0074'50	0.0075'50
Budapest	0.17'50	0.18'00
Prag	15.75'50	15'85
New York	5.33.25	5.34'0
Belgrad	5.70'00	6'0
Warschau	0.01'13	0.01'37
Wien geis.	0.00'00	0.06'00

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1356.00	1360.00
10.000 Mark	14'75.00	15'75.0
100 belg. Franks	183.25	184.75
100 schweiz. Franken	641.75	644.25
1 Pfund Sterling	100.875	102.375
100 Lire	165.25	166.75
1 Dollar	34'10.00	34'50.00
100 franz. Franks	209.25	210.75
100 Dinar	37'75.00	38'25.00
10.000 magyar. Kronen	116.375	120.375
10.000 poln. Mark	6'75.00	7'75.00
10.000 österr. Kronen	4'62.50	5.12'50

Kleine Chronik.

Explosionsunglück in einer Gasanstalt. Aus Birmingham wird gemeldet: Durch eine Explosion in der Gasanstalt sind 17 Personen verletzt worden.

Bombenattentat in Kairo. Wie aus Kairo gemeldet wird, explodierte eine in das englische Militärviertel geworfene Bombe; eine Person wurde getötet, vier verletzt.

Gerichtssaal.

15 Jahre für Banknotenfälschung.

„Erwachende Ungarn" an der Arbeit.

Prag, 5. März. Am 30. Mai 1922 wurden bekanntlich die 500-K-Noten — die seit Herbst des Jahres 1919 im Umlauf waren — wieder aus dem Verkehr gezogen. Das Finanzministerium bestimmte damals, daß solche Noten nach dem 30. Mai 1922 noch bis zum 1. August 1924 beim Bankamt zur Eintauschung eingereicht werden können. Diesen Umstand wollten zwei „Erwachende Ungarn", Josef Kuhn aus Puspöklany und der aus dem Baeranprozeß bekannte Prof. Dr. Mesarosz, benützen, um durch Vermittlung des Budapester Bankiers Fellner gefälschte 500-K-Noten im Betrage von 100 Millionen Kronen dem Bankamt anzuhängen. Kuhn kam zu Fellner und ersuchte ihn, mit Hilfe seiner Beziehungen zu Prager Bankkreisen den Umtausch durchzuführen. Fellner schöpfte Verdacht, machte von der ganzen Geschichte Mitteilung bei der Budapester tschechoslowakischen Gesandtschaft und vereinbarte mit dieser, daß man Kuhn in eine Falle locken werde. Mitte Dezember reiste dann Kuhn tatsächlich mit einem „Kurier" nach Prag, um dort für 20 Millionen 500-K-Noten umzutauschen. In Prag entpuppte sich der Kurier als Detektiv. Kuhn wurde festgenommen und dem Gerichte eingeliefert. Er gestand, mit Hilfe des Dr. Mesarosz und anderer „Erwachender Ungarn" 500-K-Noten gefälscht zu haben. — Heute wurde Kuhn vom Prager Schwurgericht zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen hatte der Staatsanwalt sogar lebenslänglichen Kerker beantragt.

Billigung des Attentates gegen Dr. Raschin.

Prag, 5. März. Franz Cihak sagte am 5. Jänner an der Ecke Wenzelsplatz-Heinrichsgasse in Prag in einer Gruppe, die das Attentat gegen Dr. Rasin besprach: „Ten ho spatně soup." (Der hat ihm's schlecht gegeben.) Ein Strafsenat beim Prager Landesgericht sprach heute Cihak von der Anklage (Billigung einer strafbaren Handlung) frei, da er die Ueberzeugung gewann, daß Cihak die Tat nicht billigen wollte, sondern mit dem Wortspiel „Soupal soup" nur einen schlechten Witz gemacht habe — Der Arbeiter Josef Junek bekam wegen des gleichen Verbrechens einen Monat schweren Kerkers unbedingt. Junek gestand ruhig ein, daß er gesagt habe: „Der (nämlich Rasin) hat es schon lange gebraucht"; er sei sich jedoch der Folgen nicht bewußt gewesen, die ein solcher Ausspruch nach sich ziehen kann

Nochmals die Ringhofferaffäre.

Prag, 5. März. Vor einem Berufungssenat fand heute die sogenannte Ringhofferaffäre (hoffentlich endgültig) ihr Ende. Es handelt sich bei die Affäre bekanntlich um eine größere Anzahl von Arbeitern, gegen die die Anklage wegen Verbrechens nach dem Terrorgesetz erhoben wurde. Die Angeklagten wurden vor einigen Wochen vom Gerichte erster Instanz von der Anklage freigesprochen. Die Privatbeteiligten legten damals Berufung ein, über die nun heute verhandelt wurde. Der Berufungssenat unter Vorsitz des OLGR. Sturm bestätigte das Urteil der ersten Instanz.

Aus der Partei.

Eine Vertrauensmännerkundgebung in Olmütz. Die am 3. d. Mts. im Gewerkschaftshaus in Olmütz tagende, von Vertrauensmännern sämtlicher politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen sowie der übrigen Parteiverbänden beschickte Konferenz hat nach einem Berichte über die Gesetzvorlage zum Schutze der Republik nachstehende Entschließung gefaßt: „Die am 3. ds. Mts. im Gewerkschaftshause in Olmütz tagende Vertrauensmännerversammlung der Parteiorganisationen sowie der Gewerks- und Genossenschaften spricht ihre vollste Zustimmung zu der vom Reichsausschusse der Partei vom 25. bis 26. Feber gegen das Gesetz zum Schutze der Republik beschlossenen Kundgebung aus und erwartet gleichzeitig die Anwendung aller parlamentarischen Mittel gegen seine Gesetzwerdung. Mit den berufenen Vertretern sind wir darin einig, daß durch dieses Gesetz die schwerste Gefährdung der politischen und freiheitlichen Rechte und der Entwicklung der Minderheiten, insbesondere aber der arbeitenden Klasse herbeigeführt wird und daß die Unabhängigkeit der Presse vollständig vernichtet wird dadurch, daß Kriminal und Schuldgefängnis sie mit sicherem Untergang bedrohen." — Gleichzeitig wurde beschlossen, Freitag, den 9. ds., durch eine Volksversammlung mit dem Genossen Senator Link als Referenten öffentlich Protest zu erheben.

Kunst und Wissen.

„Tannhäuser". Nur selten boten in der letzten Zeit die Vorstellungen im Neuen deutschen Theater Anlaß zur Begeisterung; umso freudiger stellen wir darum fest, daß sie am Sonntag abends in hellen, reinen Flammen aufloderte und daß diese Aufführung des „Tannhäuser" den gewaltigen Enthusiasmus auch verdiente. Vom ersten Takt der meisterhaft wiedergegebenen Ouvertüre angefangen bis zum Schluß der letzten Szene und noch weit drüber hinaus befand sich das ganze, bis auf das letzte Plätzchen gefüllte Haus in wahrer Feststimmung. Und diese stand — wie es ja auch sein soll — in ununterbrochener Wechselwirkung mit den Leistungen der Bühne und des Orchesters. Die Weihe, in der dieser „Tannhäuser" sich entwickelte und zu Ende ging, war aber eine Folge nicht nur der glänzenden musikalischen Leitung Zemlinsky und der in den beiden Hauptpartien gastierenden Sänger, sondern auch der rühmenswerten Tatsache, daß diesmal alles mit Lust und Liebe bei der Sache war und sein Bestes hergab. Es gibt also noch erstklassige Aufführungen an diesem Theater, vorausgesetzt, daß man den Bau durch — fremde Säulen stützt. Hochragend waren der Tannhäuser des Wiener Staatsopernsängers Schubert, der Wolfram des Herrn Fleischer und die Elisabeth unserer heimischen Maria Müller. Herr Schubert, der umjubelte Heinrich, ist der Typus des Heldentenors und das Prototyp eines dramatischen Sängers, der in schlechtweg vorbildlicher Weise Gesang und Gestaltung einander beiordnet. Und dabei wandelte er als Schauspieler in keiner Tradition, schuf einen eigenen Tannhäuser, der überzeugte. Vision, Suggestion schlagen ihn während des Sängerkrieges in den Bann der Venus und wahrhaft erschütternd wirkt im Erwachen das Flehen des hilflos Ringenden. „Erbarm dich mein!" Leistung Schuberts steigerte sich in der Romerzählung zum unvergeßlichen Erlebnis. Die Elisabeth Maria Müllers, die ihm zur Seite stand, war sanglich berückend, schauspielerisch tief ergreifend; sie und Herr Fleischer waren Herrn Schubert durchaus ebenbürtige Partner. Der dritte Gast, Herr Lazer, sang den Landgrafen auf Engagement. Nirgends trat er aus den Bahnen des Gewohnten, sein Organ ist ohne nennenswerten Reiz. Von den engagierten Künstlern gebührt allen ob ihrer Hingabe reiches Lob, insbesondere dem Walter des Herrn Macha. — Wir buchen diese „Tannhäuser"-Aufführung als ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Prager Opernbühne. —dt.

Arbeitervorstellung, Gastspiel Richard Kubla im „Zigeunerbaron". Nächsten Sonntag nachmittag halb 3 Uhr wird als Arbeitervorstellung die solenne Strauß-Operette „Zigeunerbaron" mit Richard Kubla a. G. gegeben. Kartenverkauf bei Optiker Deutsch, Graben 25, Kleiner Basar.

Erstaufführung „Es". Schönherrs neuestes Drama „Es", das das Eheverbot für Tuberkulose-Kranke propagiert, wird Donnerstag mit Hermine Medelsky und Friedrich Hölzlin in der Kleinen Bühne zum ersten Male gegeben.

Neues Theater. Heute Dienstag und Freitag, Hindemith-Einakter. Morgen Mittwoch Gastspiel Richard Kubla in Kienzls Oper „Evangeliman", Donnerstag „Der Widerspenstigen Zähmung".

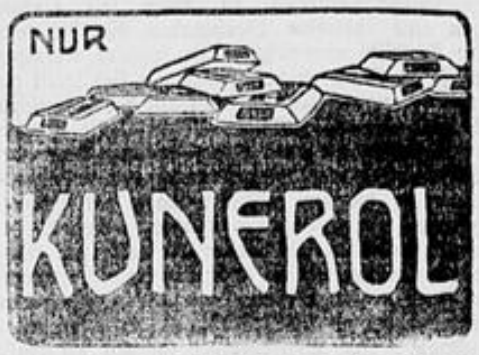
Kleine Bühne. Heute Dienstag und morgen, Mittwoch „Die kleine Sünderin", Donnerstag und Sonntag abend „Es", Samstag und Sonntag nachmittag neustudiert „Extemporale", Freitag (Vorstellung des Verbandes Deutscher Bank- und Sparkassenbeamten) „Ingeborg."

Turnen und Sport.

D. F. C. gegen Guts-Muts Dresden 6 : 0 (2 : 0). D. F. C. war den Sachsen technisch weit überlegen und siegte nach Verdienst. Obwohl Guts-Muts der starke Gegner des D. F. C. in dieser Saison war, konnte er nur in der ersten Halbzeit befriedigen, da die Sachsen ein höllisches Tempo loslegten, um durch Schnelligkeit das wettzumachen, was ihnen der D. F. C. an Technik über war. Als die Sachsen in der zweiten Hälfte ihrem Tempo zum Opfer fielen, wurde das Spiel uninteressant, da sich DFK nicht bemühte, seinen Sieg auch ziffermäßig entsprechend hoch auszudrücken.

Sonstiger Sonntagsfußball. Prag: Teplitzer F. K. gegen Slavia 2 : 2; die Ueberraschung des Sonntags. Teplitz war spielfreudiger und konnte so gegen seinen alten Rivalen ein glänzendes Resultat erzielen. Sparta g. Čechie. Karlin 6 : 0. Sparta in glänzender Verfassung. — Brünn: Zidenice g. B. S. K. 3 : 2, Moravska Slavia g. S. K. Prostějov 4 : 1. — Preßburg: Simmering-Wien g. Bratislava 1 : 0. — Troppau: D. S. V. g. Makkabi-Brünn 2 : 2. — Pilsen: Wacker-München g. Viktoria 2 : 3, Sonntag g. Cesky Lev 2 : 0. — Wien: Hakoah g. Ostmark 3 : 0; Rapid g. Bewegung XX. 5 : 0. — Genua: Italien g. Ungarn (Länderspiel) 0 : 0.

Mitteilungen aus dem Publikum.



Vertreter: **Siegfried Beck, Prag-Karolinental**
Hetzinselgasse 7. 1437

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Stadt- und Dorfgemeinde fordern
die Beantwortung einer Unmenge von Verwaltungsfragen. **Roacks Taschenbuch für Kommunalpolitiker** bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der
Buchhandlung Freiheit
Teplitz-Schönau
Theresiengasse 18.

Bibliotheken
für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der
Volksbuchhandlung
Ernst Sattler,
Karlsbad.

Kautschukabsätze
und Kautschuksohlen
Schonen die Nerven,
schützen die Füße,
helfen sparen!
2136

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (17)

„Na, bist du auch fertig? . . . Laß dich anschauen, wie du hergerichtet bist! . . . Pfui Teufel, Junge, schau'n wir aus! . . ."

Sein Genosse vom Bahnhof war es. Er stand von einer Bettstelle gemächlich auf, ging langsam um Ernst im Kreis, den Kopf aufgebracht schüttelnd, und zog Ernst mit sich in den Hintergrund.

„Heut haben wir unsere Ruh . . . Jeder Zugang bleibt eine Nacht in diesem Affenkasten. Morgen werden wir eingeteilt und kommen zu den anderen . . . Junge, Kopf hoch! Durch die Tür sind wir herein, durch die Tür gehn wir auch wieder hinaus. Der Tag hat auch im Kittchen bloß vierundzwanzig Stunden . . ."

Der Mann redete gern. Er fragte Ernst in fünf Minuten mehr, als in einer Stunde zu beantworten war, flocht saftige Flüche und Schmähreden auf König und Vaterland ein, ballte die Fäuste, rollte die Augen und spuckte in kunstvollem Bogen nach den hoch angebrachten Fenstern.

„Feines Weihnachtsfest, nicht? . . . Himmelkreuzbombenundblutiges Kreuz! Jetzt könnten wir beim Bockbier sitzen wie andere Spitzbuben auch und mopsen uns derweil in dem Ziegenstall. Wenn man nur wenigstens rauchen oder schnupfen könnte. Hast du nichts geladen gehabt, Junge?"

Ernst verneinte mit Kopfschütteln. Er verspürte auch nicht schlecht Lust nach einer Zigarette, und siedend dachte er daran, wie er wohl zehn Monate ohne das geliebte Laster durchhalten sollte.

„Ich hab' dafür was mit. Der bucklige Hund von Oberaufseher hat sich die Augen ja ausgeglotzt, aber gefunden hat er doch nichts. Da, nimm eine Prise. Es tut wohl. Du wirst es bald spüren . ."

Ernst nahm die Prise gehorsam. Eine Zigarette wäre ihm lieber gewesen. Der Tabak brizzelte und biß abscheulich auf die Schleimhäute, doch unterdrückte Ernst heldenhaft den Drang zum Niesen, weil ihn der Kamerad inständig beschwor, doch an sich zu halten. Das Luder der Oberaufseher, schlich sicher draußen herum, und wenn er niesen hörte, wären sie beide geliefert.

„Der Schleicher tät sich den Buckel voll lachen, wenn er uns morgen gleich zum Rapport führen könnt' . . . Du gefällst mir nicht schlecht, Junge, aber ich müßte dir die Knochen entzweischlagen, käme jetzt der schielende Gauner und filzte uns nach. Ich muß meine Prise haben, sonst bin ich krank. Du wirst schon noch merken, daß hier im Haus auf Tabak alles verrückt ist, und daß dich die besten Freunde um eine Prise umbringen möchten. Es ist nicht leicht, so was herein zu bringen, der Oberaufseher ist wie ein Teufel dahinter . . ."

Grünwald, ein oberfränkischer Korbflächter, erzählte Ernst nun, wie er es angestellt habe, Schnupfpulver durchzuschmuggeln.

Im Schubgefängnis ist Tabak erlaubt. Davon tat er sich einen Teil zurück, knetete eine längliche, in Goldschlägerhaut gehüllte Rolle und führte sie tief in den After ein.

„Der windige Oberputz hätte nur was merken sollen. Ich hätte Süßholz saufen müssen, bis ich vorn und hinten in die Luft gegangen wär'. Und das bucklige Luder hätte dazu gegrinst. Aber er hat nichts bemerkt und sich umsonst die Augen ausgekegelt. Das freut mich tüchtig, Junge, weil der Oberaufseher ein hundsgemeiner Schuft ist, der uns hängt, wo er bloß kann. Nimm dich vor dem in acht . . ."

Was für eine Welt! Ernst hatte sich das Gefängnis vorgestellt als eine stille, weltabgewandte, beschauliche Klause, darin irrende und verwirrte Menschen über Vergangenes nachdachten und ernstlichen Vorsatz faßten, sich für ein neues Leben zu erheben. Gesetzte, reife Menschen würden den Sträflingen Beispiel und Vorbild sein in Wort und Tat, würden fest und doch mild Triebe und Gedanken auf ein sittliches Ziel richten, um den im ärgsten Verbrecher noch schlummernden Menschen wieder aus dem verhängnisvollen Schlaf aufzuwecken.

Nun mußte er gleich in allererster Stunde erkennen, daß hier ein wilder, maßlos erbitterter Krieg zwischen Häftling und Aufseher tobte, ein mit allen Listen und Finten durchgefochtener Kampf um die Befriedigung einfacher Bedürfnisse. Grünwald sprach vom Oberaufseher als von einem „Gauner" und heimtückischen „Schleicher", und Ernst gab zu, sein Eindruck von dem Menschen bestätige diese rohen Bezeichnungen. Wie stellt man sich zu einer solchen Welt? Offenheit und guter Vorsatz sind hier wohl gänzlich verraten und verkauft. Schlau sein, anders tun, als man denkt, Minen legen und selbst vor Minen auf der Hut sein: nach diesen Grundsätzen scheint hier gehandelt zu werden.

Einige Stunden hatten Ernst Löhner und Grünwald verplaudert. Ernst gab sich vorsichtig, entschleierte nur Strecken seines Lebensganges und wußte genau, daß auch Grünwald nicht alles sagte. Er war wegen Diebstahl da, keine besondere Sache, ohne eigenen Gedanken angepackt und bald aufgekommen. Ernst lauschte den selbstgefälligen Schilderungen dieses durchschnittlichen Langfingers herzlich dankbar, weil ein Mensch sprach, ein Mensch mit menschlicher Stimme in dieser grauen, toten, Verwesung hauchenden Welt des Hauses. Hätte Grünwald einen Menschen umgebracht und es erzählt, Ernst wäre ihm nicht weniger dankbar gewesen für die Erzählung, denn zwischen diesen Mauern schien es so natürlich, daß sich die Menschen umbringen.

Bald kam die Nacht. Eher als die freie Welt draußen hüllte grauer, rauher trüber Abend Haus Hohburg in tiefe Schatten. Die Zelle lag in dicker Dunkelheit, als noch eine Schüssel Bohnen hereingereicht und verzehrt wurde. Grünwald streckte sich gleich auf die Pritsche und schlief in kurzem fest und tief. Manchmal murmelte er im Schlaf und zischte unverständliche Worte durch die Zähne.

Die Augen groß in die Dunkelheit geheftet, lag Ernst auf dem Rücken. Die Luft kam ihm wie gemauert vor. Sie drückte hart und felsig auf alle Glieder. Klein und winzig glitten die Bilder des Tages vorüber.

Die verlassene Stadt, die auf lange verlorenen Wälle und Türme, der stampfende Eisenbahnzug in der winterlich öden und kargen Landschaft, die Soldaten vor dem Tor, der Teufel in der Uniform des Oberaufsehers . . . hoch dehnte sich die Brust im Uebermaß der wechselnden Fülle und des wehen Glanzes, der auf allen Dingen lag. Draußen stampfte der Posten plump die Mauer entlang, ein schlürfender, zögernd tastender Fuß im Zellengang, sonst kein Laut in der wuchtenden Stummheit ringsum.

Horch! Ein fernes, taktmäßiges Klappern, dunkeltönig und fremd! Der Mann mit den Springern lief wohl in der Arrestzelle auf und ab. Im Halbschlaf wälzte sich Ernst Löhner auf die andere Seite, zog die Wolldecke über den Kopf, dem unbarmherzigen, marternden Klirren und Klingen zu entgehen, und blieb doch an den Klang gefesselt, Stunde um Stunde, hilflos und fieberisch den Augenblick herbeisehnend, der den ruhelos schreitenden Kettenträger einhalten hieß.

Schwindendes Wissen um sich selbst mischte das Klirren in die Erinnerung einst gehörter Weihnachtsglocken, die längst, längst versunken waren und nur noch ganz fern und schwach aus tiefem Grund läuteten . . .

(Fortsetzung folgt.)